:antifaschistische nachrichten Nr. 25-26

g 3336 13.12.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Ein breites Bündnis hat am Samstag, 8.12.2007, gegen einen NPD-Aufmarsch in Essen demonstriert.
Die NPD hetzte in ihrem Aufruf gegen den Neubau der ältesten Essener Moschee im Stadtteil Altendorf und durfte zusammen mit einem großen Block der Kameradschaften mitten durch den Nachbarstadtteil Frohnhausen marschieren.
Mehr als 800 Menschen beteiligten sich an den Gegenaktionen. *wof*

siehe auch S. 7

Verhallen mehr als 175.000 Stimmen zum NPD-Verbot ungehört?

Präsidium des Deutschen Bundestages ist nicht bereit, Unterschriften entgegenzunehmen

175.445 Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilen des Landes unterzeichneten einen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in dem diese aufgefordert werden, einen neuen Antrag zum Verbot der NPD in die Wege zu leiten. Initiator der vom 26. Januar bis 9. November 2007 gelaufenen Kampagne „nonpd – NPD-Verbot jetzt!“ war die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Die Übergabe gestaltet sich schwierig:

Zunächst weigerte sich das Bundestagspräsidium, den gesammelten Volkswillen in Form der Unterschriften entgegenzunehmen. Die Empfehlung von Bundestagspräsident Norbert Lammert in einem Brief vom 26. Oktober, man solle sich an den Petitionsausschuss wenden, wurde am 8. November von diesem ebenfalls abschlägig beantwortet.

Bedingt durch die Feiertage entfällt die Ausgabe der AN am 27.12. Die Nummer 1-2008 erscheint am 17. Januar. Die Jahrestagung findet voraussichtlich am 23. Februar 2008 statt.

In dem Brief heißt es, „dass die Obleute des Petitionsausschusses beschlossen haben, dass zunächst keine persönlichen Übergaben an Abgeordnete des Petitionsausschusses stattfinden sollen. Wir können Ihnen lediglich anbieten, die Unterschriften bei einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin des Ausschussdienstes des Petitionsausschusses in der Schadowstraße 12/13 abzugeben“.

Ein weiteres Schreiben vom 12. November an den Bundestagspräsidenten mit der Aufforderung, endlich eine Klärung herbeizuführen, blieb bislang unbeantwortet.

Als einen unglaublichen Affront bezeichnet Erstunterzeichnerin Esther Bejarano, Überlebende von Auschwitz, das Verhalten des Bundestagspräsidiums und die Antwort des Petitionsausschusses. „Es ist eine Unverschämtheit, den Willen von 175.000 Menschen in diesem Land derart abzutun, indem man der VVN-BdA anbietet, die Unterschriften bei der Poststelle am Hintereingang abzugeben. Ich frage mich, ob diesen Politikern klar ist, dass sie mit ihrem Verhalten genau denen in die Hände spielen, um deren Verbot es geht.“

Unterstützt wurde die Kampagne von zahlreichen prominenten Unterzeichnern, darunter u.a. die Schauspieler Hannelore Elsner, Peter Sodann, Rolf Becker, Ilja Richter, Erwin Geschonneck und Gisela May, der Kabarettist Jürgen Becker, die Liedermacher Konstantin Wecker, Hannes Wader und Dieter Süverkrüp.

Das ursprüngliche Ziel, bis zum 9. November 100.000 Unterschriften zu sammeln, wurde bei zahlreichen bundesweiten Aktionen weit übertroffen. Es beteiligten sich Bürgerinnen und Bürger jeden Alters, Wohnortes und sozialer Herkunft, Gewerkschaften, Jugendverbände, Ausländerorganisationen, Betriebsräte, katholische und evangelische Kirchengemeinden.

Unterschrieben haben den Brief auch die Bürgermeister aus Wunsiedel, Halle, Weimar, Bremen, Schwabach, Augsburg, Nürnberg und Tübingen.

Auf einer Pressekonferenz am 30. November erklärte der Vorsitzende der VVN-BdA, Werner Pfennig, dass der Verband Druck machen werde, damit die Briefe mit den mehr als 175.000 Unterschriften ihre Adressaten erreichen.

Berlin, 30. November 2007
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
Internet: www.vvn-bda.de ■

Letzte Meldung: Am 12. Dezember, 12 Uhr werden die Unterschriften auf der Freitreppe des Reichstages Abgeordneten des deutschen Bundestages übergeben.

Rechte „Ideenwerkstatt“ in Bielefeld

BIELEFELD. Die von der „Burschenschaft Normannia-Nibelungen“ zum dritten Mal veranstaltete „Bielefelder Ideenwerkstatt“ fand im November zum Thema „Politikverdrossenheit“ statt. Auf dem Treffen sprachen der Mittelständler Jürgen Höpfner, der u.a. wegen eines Interviews mit der „Jungen Freiheit“ in die Kritik geratene Ex-Bundesminister Karl-Heinz Funke (SPD) und der NRW-Landtagsabgeordnete Heinrich Kemper (CDU). Am zweiten Tag referierten der von Anhängern der extrem rechten Szene gern als Rechtsanwalt genommene Klaus Kunze (Uslar), der „Danubia“-Burschenschafter Sascha Jung sowie die Kölner Soziologin Ute Scheuch. Letztere war noch im vergangenen Jahr Interviewpartnerin der „Jungen Freiheit“. *hma* ■

Nowotny-Ehrung in Wien

WIEN. Etwa 100 Personen nahmen am 11. November auf dem Wiener Zentralfriedhof an einer Gedenkveranstaltung für den 1944 abgestürzten NS-Jagdflieger Walter Nowotny teil.

Der Bezirksobmann des ÖVP-nahen Kameradschaftsbund Spitz an der Donau, Walter Graf, kritisierte in seiner Rede die Aberkennung des Ehrengrab-Status für das Nowotny-Grab als „Kulturbarbarei der Stadt Wien“. Anwesend waren bei der Veranstaltung u.a. Leo Malleczek (98), ein „nationales Urgestein“, so die „Deutsche Nationalzeitung“ (48-2007) und „seit 1940 Obmann der Wiener akademischen Turnerschaft Danubo-Markomania“, einige Landtagsabgeordnete der FPÖ und der Wiener FPÖ-Stadtrat Johann Herzog. *hma* ■

Ex-Linke bei der FPÖ

WIEN. Das FPÖ-nahe „Freiheitliche Bildungsinstitut“ (früher „Freiheitliche Akademie“) hat im Wiener Palais Palffy ein Symposium zur „Frankfurter Schule“ durchgeführt. Eingeladen waren der „Junge Freiheit“-Autor Herbert Ammon (Berlin), der ehemalige Bielefelder Universitätsbibliotheksdirektor Johannes Rogalla von Bieberstein, Autor des Buches „Jüdischer Bolschewismus“, der „Ostpreußenblatt/PAZ“-Autor Klaus Rainer Röhl (Köln) sowie Bernd Rabehl (Berlin). Den einstigen Weggefährten von Rudi Dutschke findet man mittlerweile als Referenten u.a. bei NPD und DVU. Die Deutschen seien ein „Helotenvolk“ geworden, so der Ex-Linke Rabehl in seiner Wiener Rede. Die Medien, so Rabehl, redeten den Deutschen eine Schuld ein und gäben ständig die Parole aus, sich mit den USA zu solidarisieren. Aber, so Rabehl, „es wird sich Widerstand regen!“. Die Veranstaltung wurde von etwa 150 Personen besucht. („DNZ“ 48-2007)

hma ■

„Nationale Speisegaststätte“ in Mönchengladbach?

MÖNCHENGLADBACH. Ein Eintrag im Forum der Homepage der NPD Heinsberg lässt befürchten, das die Mönchengladbacher Neonazi-Szene derzeit auf der Suche nach einer eigenen Gastwirtschaft ist. Durch die Spendenbereitschaft eines NPD-nahen „Kameraden“ könne der Traum „eines nationalen Speiselokals“ bald Wirklichkeit werden, schrieb dort am 25. November ein „Marko70“ aus Mönchengladbach. Da das Lokal „aber nicht NPD geführt sein kann“, habe sich ein in der Gastronomie erfahrener „Kamerad“ „dazu bereit erklärt“, „als Pächter zu fungieren“. Ein erstes Objekt in der Innenstadt sei bereits „am Haken“. Das Speiselokal habe einen „Gesellschaftsraum für 80 Personen“, wo „Schulungen und Vorträge gehalten werden“ könnten. Das begehrte Objekt sei brauereifrei und „direkt in der Stadtmitte an einer Zubringer-straße zur Hindenburgstraße gelegen“. Durch den Privatsponsor wäre „die Pacht für ein Jahr gesichert“. Zwischenzeitlich sucht man noch nach weiteren Objekten, wobei eine „brauereifreie Traditionsgaststätte“ in der Stadtmitte von Mönchengladbach oder Rheydt bevorzugt wird. Bereits Ende Oktober hatte ein Eintrag in dem Forum für Aufsehen in Krefeld gesorgt. Demnach beabsichtigt die NPD im Rheinland, Büroräume in der Krefelder Lindenstraße zu ersteigern. Die Versteigerung wurde mittlerweile auf den Januar verschoben. *peb* ■

Neues von der Heimatfront

NEUSS. Als erster Kreis im Land hat der Rhein-Kreis-Neuss mit dem „Bund der Historischen Deutschen Schützenbruderschaften“ eine förmliche Kooperationsvereinbarung „über die Zusammenarbeit zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und des allgemeinen Sicherheitsgefühls“ geschlossen. Die Polizei wolle keine Bürgerwehr, meint Polizeidirektor Fox, aber mitdenkende Partner, die die Sorgen und Nöte der Bürger kennen, Hinweise geben und ihre leistungsstarke Organisation einbringen. Die Schützenbruderschaften im Rhein-Kreis-Neuss umfassen etwa 20 000 Aktive.

peb ■

Bundesweite Demo gegen den kapitalistischen Normalzustand:

UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN IHRE REPRESSION!

Hamburg, Sa., 15. Dezember, 13 Uhr Rote Flora

Näheres unter www.antirepressionskampagne-hamburg.de oder http://GemeintSindWirAlle.selfip.net

Nazis keine Heimat geben!

REMSTAL/SCHORNDORF. Am 15. Dezember findet in Schorndorf/ Weiler eine Demonstration mit anschließender Kundgebung statt. Sie richtet sich gegen die NPD-Kneipe „Linde“, die zum Szenetreff der Rechtsextremen geworden ist. Seit August 2006 ist Jürgen Wehner Besitzer und Betreiber der Gaststätte. Er ist bekennendes NPD-Mitglied. Schon im Sommer 2006 war des öfteren eine Reichskriegsflagge (schwarz-weiß-rot) vor der „Linde“ zu sehen. Die „Schorndorfer Nachrichten“ berichteten außerdem über in der „Linde“ aushängende Fotos deutscher Landser beim Überschreiten der Grenze zu Polen und eine Deutschlandkarte mit erweiterter Ostgrenze. In der Nacht vom 23./24.10.06 wurden bei einer Razzia der Polizei Waffen und NPD-Werbematerial beschlagnahmt. Im Keller hatten Schießübungen stattgefunden, die Anwohnern zu Folge bis heute stattfinden. Eine aktuelle Studie über Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis stellt eindeutig fest, dass Relativieren, Ignorieren oder gar Akzeptieren den Rechtsextremismus enorm stärkt. Dieser ist im Rems-Murr-Kreis jedoch stark verankert, was nicht zuletzt der Anstieg rechtsmotivierter Straftaten von 77 im Jahr 2005 auf 91 im Jahr 2006 zeigt. Erst im September dieses Jahres wurde einem engagierten Antifaschisten in Waiblingen als massive Drohung ein toter Fuchs mit einem NPD-Flugblatt an den Briefkasten gehängt. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, dass in der „Linde“ jeden 1. und 3. Samstag im Monat einer von bundesweit acht „patriotischen Stammtischen“ veranstaltet wird. Reger Besuch zeigt außerdem, dass sich die rechtsextreme Szene hier etabliert hat und die Gaststätte auch als Schulungsraum dient. Es ist höchste Zeit, „hinzuschauen“ und zu handeln!

Wir wollen keine rechtsextremen Szenetreffs, weder hier noch irgendwo sonst! Wir stehen auf gegen rechtsradikale Gewalttäter, Naziideologie und Propaganda! Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Diskriminierung! Kommt zur De-

monstration am 15. Dezember um 14 Uhr am S-Bahnhof in Weiler (Schorndorf) (für Ortsunkundige Treffpunkt 13:30 Uhr am Bahnhof Schorndorf) und zur Kundgebung Platz vor der Traube ca. 15 Uhr ■

Alternatives Bündnis Remstal, Attac Regionalgruppe Schorndorf, Club Manufaktur e.V., DGB Ortsverbände Fellbach und Schorndorf, DKP Rems Murr, Grüne Jugend Rems-Murr, IG Metall Waiblingen Ortsvorstand und Ortsjugendausschuss, Initiative Weiler schaut hin, Juso-AG Schorndorf, Die Linke.Rems-Murr, Linksjugend ['solid] Rems-Murr, Naturfreunde Ortsgruppe Schorndorf, Fa. Picobello Winterbach, Schwäbische Wirtschaftsberatung GmbH, SPD Schorndorf, Schorndorfer Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Verdi Kreisvorstand Rems-Murr, VVN-Bund der Antifaschisten Rems-Murr und Baden-Württemberg Alfred Denzinger, Jürgen Gaiser und Irmgard Bronner-Gaiser, Evelyne Hofer, Adolf Riekenberg
VVN-BdA Ba.- Württ. Stuttgart ■

Justiz weist NPD-Klage ab

NÜRNBERG. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth hat die Ermittlungen gegen Arno Hamburger, den Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde, den die NPD wegen Beleidigung angezeigt hatte (wir berichteten, s. AN 24-07), eingestellt. Auch die Ermittlungen gegen Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly und den CSU-Bundestagsabgeordneten Thomas Silberhorn wurden zu den Akten gelegt. Hamburger hatte die NPD eine „Verbrecher-Partei" genannt. Maly bezeichnete NPD-Mitglieder auf einer Kundgebung in Gräfenberg als „Rechtsextremisten", Silberhorn nannte sie „Neonazis". Daraufhin hatte der bayerische NPD-Chef Anzeige wegen Beleidigung erstattet.

Die Justizbehörden sehen die Äußerungen durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Die Erklärungen seien zur „Wahrnehmung berechtigter Interessen" gemacht worden und daher keine Straftat.

Erklärungen bei Pressegesprächen und Kundgebungen dürften mit plakativen und auch überspitzten Aussagen verdeutlicht werden, da nur auf diese Weise hinreichende Aufmerksamkeit erreicht werden könne.

Die NPD kann gegen den Bescheid Beschwerde einlegen, dann muss sich die Staatsanwalt erneut damit befassen und – falls sie bei ihrer Einschätzung bleibt – die Angelegenheit an die Generalstaatsanwaltschaft weiterleiten.

Quelle: Nürnberger Nachrichten 22.11.2007 ■

Nachtrag zur Implosion der rechtsextremen Fraktion im Europaparlament

BRÜSSEL. Katzenjammer herrscht bei den Rechtsextremen im Europäischen Parlament: Ihre bisherige 21-köpfige gemeinsame Fraktion löste sich am 14. November 2007 offiziell auf. Nachdem sechs Abgeordnete (fünf Rumänen von

weiter Seite 4

Handeln statt warten!

CDU zerredet ein NPD-Verbot

175.000 Unterschriften für ein Verbot der NPD hat die VVN/BdA inzwischen gesammelt und wollte diese dem Bundestagspräsidenten übergeben. Der lehnte einen Empfang der bekannten Antifaschistin Esther Bejarano einfach ab, ebenso der Petitionsausschuss des Bundestages.

Dies lässt tief blicken auf das sogenannte „Bündnis der Demokraten gegen den Rechtsextremismus". So wurde im Vorfeld der Innenministerkonferenz am 6./7. Dezember viel über ein Verbot der NPD diskutiert. Herausgekommen ist aber nichts. Die CDU hält faktisch ihre schützenden Hände über die NPD, weil sie sich weigert, die Verfassungsschutzspitzel abzuziehen. In der Diskussion über ein Verbot der NPD wird immer deutlicher: Ohne dieses geht es nicht.

Der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis erklärte:

„Ich glaube nicht, dass man bei einem neuen Verbotsantrag besonders gute Karten hätte. Sie wissen, wie das letzte Verfahren ausgegangen ist. Die Richter sind überwiegend noch dieselben. Die V-Leute sind wahrscheinlich auch noch dieselben. Solange sich das nicht ändert, sind die Chancen nicht so gut. Das ist mehr Schaukampf als wirklich real. Man kann das wieder in Angriff nehmen, wenn die V-Leute abgeschaltet sind … Aber die Verfassungsschützer brauchen in der NPD nicht so viele V-Leute, wie sie sie hatten. Sie müssen und können das verändern."(1)

Man sei sich einig über die Bewertung der NPD, aber uneinig, wie man handeln solle, erklärte Innenminister Schäuble. Diese Reaktion des sonst so handlungswütigen Bundesinnenministers muss die NPD doch als Freifahrtschein für ihre neonazistische Hetze betrachten. Wobei Landtagsabgeordnete der LINKEN darauf hinweisen, dass das Wechselspiel zwischen NPD und Kameradschaften in den neuen Bundesländern immer offensichtlicher wird. Aber auch an das Verbot der Kameradschaften gehen die Landesinnenminister und der Bundesinnenminister nicht ran – eine Möglichkeit, neue Fakten im Rahmen eines Verbotsszenarios zu schaffen. Stattdessen machte der Berliner Innensenator Körting, SPD, den Vorschlag, rechten Stiftungen die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Da es aber überhaupt noch keine NPD-Stiftung gibt, ist dies ein Vorschlag, der ins Leere läuft. Wichtig wäre eher, Bündnisorganisationen und Pressemedien zu torpedieren, die Kontakte zu Rechtsextremen halten. Handeln, wo man handeln kann: Z.B. gab der Journalist Peter Scholl-Latour in der rechtsextremen Zeitung „Junge Freiheit" nicht zum ersten Mal ein Interview. (2) Warum wird diese Person nicht politisch isoliert. Stattdessen tritt er bei Talk-Shows als Zeitzeuge in Erscheinung. So gar die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat Scholl-Latour Gehör verschafft.

Die Zeitung „Junge Welt" weist in einem Beitrag von Ulla Jelpke darauf hin, „dass in vielen Kommunalparlamenten die strikte Ablehnung von NPD-Anträgen ohne Debatte dazu geführt hat, die öffentliche Resonanz für Neonazis deutlich zu senken." (3)

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung schlussfolgert:

„Für eine erfolgreiche und lebendige Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus ist es wichtig (und Voraussetzung) möglichst alle relevanten institutionellen Akteure und möglichst viele engagierte Bürgerinnen und Bürger in ein dauerhaftes Kooperationsnetz bzw. bürgerschaftliches Netzwerk, eine dialogische Kultur der Zusammenarbeit und ein optimistisches Klima einzubeziehen – hin zu einer gemeinwesenorientierten Gesamtkultur." (4)

Ein Verbot der NPD wird nur kommen, wenn das politische Engagement gegen den Rechtsextremismus nicht nachlässt.

Wenn die Innenminister jetzt angekündigt haben, „Scientology" in einem halben Jahr verbieten zu wollen (5), dann werden wir mit Interesse verfolgen, welche Rolle V-Leute dabei spielen bzw. hoffentlich nicht spielen.

Jörg Detjen ■

Quellen:
1 Kölner Stadt-Anzeiger, 7.12.2007,
2 Junge Freiheit Nr. 4/2007, 30.11.2007
3 Junge Welt, vom 7.12.2007
4 Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten,Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Benno Hafeneger und Sven Schönfelder, Philipps-Universität Marburg/Lahn, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaft. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
5 FAZ vom 8.12.2007

Fortsetzung von Seite 3

der „Großrumänienpartei“ PRM oder ‚Romana Mare‘ plus die Italienerin Alessandra Mussolini) ihren Austritt aus der Fraktion angekündigt hatten, fiel diese unter die Schwelle der zwanzig erforderlichen Parlamentarier. Dadurch ging sie ihres Status – und der damit zusammenhängenden technischen und finanziellen Mittel, über eine Million Euro jährlich – verlustig. Das Zusammenbleiben der Parlamentarier als Fraktion war damit gegenstandslos geworden. Die Ankündigung des Verschwindens der rechtsextremen Abgeordnetengruppe erfolgte unter dem Applaus der übrigen Europaparlamentarier, auf den der französische Rechtsaußenpolitiker reagierte, indem er einem österreichischen Abgeordnetenkollegen, Hans-Peter Martin, eine obszöne Geste – den „Stinkefinger“ – zeigte. (AN berichtete und analysierte die Ursachen)

Ein Nachspiel der Affäre?

Am Sonntag, 25. November wählten die Rumäninnen und Rumänen ihre Vertreter im Europaparlament neu. Ihre dortigen Repräsentanten waren bisher nicht durch die Bevölkerung direkt gewählt gewesen, sondern das nationale Parlament in Bukarest hatte zum Zeitpunkt des rumänischen EU-Beitritts (am 1. Januar 2007) eine Delegation aus seinen Reihen nach Strasbourg entsandt. Nunmehr wurden deren Mitglieder aber durch gewählte EU-Parlamentarier ausgetauscht. Dabei fiel die „Großrumänienpartei“ dieses Mal bei den Wählerinnen und Wählern haushoch durch. Konnte sie bis dahin mitunter bis zu 15, 20 Prozent der Stimmen erreichen, kam sie nunmehr auf 3,4 Prozent der abgegeben Wähler/innen/stimmen. Damit scheiterte sie an der bei diesem Urnengang geltenden Fünf-Prozent-Hürde. Ihr Chef, Vadim Tudor, erklärte daraufhin seinen Austritt aus dem rumänischen Nationalparlament und gab sein dortiges Abgeordnetenmandat zurück.

Ob diese Niederlage mit der Affäre um die Hetze gegen rumänische Einwanderer in Italien aus der früheren gemeinsamen Fraktion zusammenhängt, und ob die PRM-Parlamentarier eventuell unter dem Druck des „zu Hause“ ablaufenden Wahlkampfs so energisch gegen ihre Fraktionskollegen gehandelt haben, wissen wir nicht.

Hingegen steht fest, dass der frühere Fraktionsvorsitzende Bruno Gollnisch am darauffolgenden Tag (26. November) ein Kommuniqué in recht hämischem Tonfall herausgab. Darin behauptet er, „national gesinnte Wähler“ hätten an jenem Sonntag nicht für die PRM gestimmt, um sie für ihren Austritt und ihr Sabotieren der rechtsextremen Vertretung im Europaparlament abzustrafen. Das klingt freilich ziemlich nach Schutzbehauptung. Denn dass die rumänischen Wähler sich in ihrem Land – zu Hause an der Urne – die Sorgen rechtsextremer Kader und Parteifunktionäre in Strasbourg, Brüssel oder Paris/Wien... zu eigen machen, dürfte als eher unwahrscheinlich gelten. Die chauvinistischen Hetzparolen der PRM zogen eine Zeit lang, aber das Schicksal der Fraktion im fernen Europaparlament dürfte ihren früheren Sympathisanten eher egal gewesen sein. *bhs* ■

Stiefel, Glatze etc.

AUGSBURG. Gut versteckt in einer Nische neben dem Hörsaal eins ist bis zum 4. Dezember die Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ des Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung an der Universität Augsburg zu besichtigen. Konzipiert als Reaktion auf die Zunahme rechtsextremer Straftaten im letzten Jahr, will die Ausstellung die mittlerweile parallel an über 100 Orten gezeigt und von 80.000 Interessierten besucht wurde, über „die demokratiefeindlichen Rechtsextremisten mit ihrem menschenverachtenden Weltbild“ (aus: Informationspapier der Ausstellung) aufklären. Auf 15 Schautafeln werden Hintergründe über Parteien, Symbole, Internetpräsenz und Lifestyle der Rechten erläutert und versucht, Gegenmaßnahmen aufzuzeigen. Dafür soll vor allem das veränderte Erscheinungsbild der Rechtsextremen herausgearbeitet werden.

Die Ausstellung wird diesem Anspruch leider nicht gerecht. Entsprechend dem Poster, das für die Ausstellung mit dem Bild von Springerstiefeln mit weißen Schnürsenkeln wirbt, sind die Rechten auf den Schaubildern durchweg Stiefelnazis und Scheitelträger. Dass der moderne Rechtsextremismus mittlerweile Subkulturen wie Hip-Hop und Punk teilweise erfolgreich integriert, Autonome Nationalisten Auftreten und Parolen der Antifa kopieren und, entgegen der Vorstellung von verbitterten Hasspredigern und Trunkenbolden, Nazis nette Jungs von neben an sein können, die beim Ausfüllen des Hartz IV-Antrages behilflich sind, wird nicht thematisiert.

Bestätigt wird, was alle zu wissen meinen: „Auf den meisten Internet-Seiten herrschen pure Menschenverachtung und Hasspropaganda.“ Das mag als quantitative Aussage richtig sein, geht aber an dem Umstand, dass viele Internetseiten moderner Rechter Jugendliche u.a. über die subkulturelle Ebene ansprechen und politische Inhalte subtil streuen, treffsicher vorbei. Fraglich scheinen zudem die Ausführungen zu rechtem Lifestyle. Marken wie Masterrace und Thor Steinar, die in der rechten Szene verwurzelt sind und deren Gewinne zu Teilen in diese zurückfließen, werden in eine Reihe gestellt mit Doc Martens und Fred Perry, die seit Jahren antirassistische Arbeit unterstützen.

Jenseits fehlender Differenzierung und Aktualität wirft die Ausstellung die Frage nach Zielgruppe und Anspruch auf. Wer soll darüber aufgeklärt werden, dass die REPs, die DVU und die NPD rechte Parteien sind? Welchem Zweck dient der Hinweis, dass Nazis Turnschuhe der Modemarke New Balance tragen, weil das Markensymbol „N“ für „National“ stehen soll? Rechte Codes werden dekodiert, kurze Zeit später gibt es neue Codes, subtile Anspielungen, die nur versteht, wer Teil der Szene ist oder sich intensiv mit ihr beschäftigt. Die Frage nach dem Sinn des Hase-Igel-Wettlaufes im Identitätsspiel der Rechten und der (selbsternannten) Verfassungsschützer stellt die Ausstellung nicht. Vor allem aber fragt sie nicht, wie es sein kann, dass „die demokratiefeindlichen Rechtsextremisten mit ihrem menschenverachtenden Weltbild (...) ein fester Bestandteil des politischen Alltags zu werden“ (ebd.) drohen.

Aufklärung und Analysen über Neo-Nazismus lässt die Ausstellung vermissen. Dafür bedient sie Stereotype und moderne Mythen. Auf ihrer Internetseite wirbt das Bayernforum für die Ausstellung mit dem oben erwähnten Bild der Springerstiefel, worauf zu lesen steht: „Der Kampf gegen die Dummheit hat gerade erst begonnen.“ Neo-Nazismus als Folge mangelnder Intelligenz? Dümmer geht’s nicht. *mg* ■

Internetsonderseite zur extremen Rechten

a.i.d.a.-Service zu den bayerischen Kommunal- und Landtagswahl 2008 mit Schwerpunkt München

Mit einer Sonderseite zu den bayerischen Kommunal- und Landtagswahlen wird die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) über diejenigen Gruppierungen der extremen Rechten, die an den Wahlen teilnehmen wollen, informieren und aufklären. Ziel ist die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts und ein Beitrag zur Verhinderung bzw. Erschwerung von Propaganda- und Wahlerfolgen der extremen Rechten.

Nach dem Erfolg der NPD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, wo die extrem rechte Partei über 7 Prozent erreichte und mit sechs Abgeordneten nun nach Sachsen in einem zweiten Landesparlament sitzt, verkündeten Parteivertreter, sich jetzt auf den Wahlkampf in einem westdeutschen Bundesland, nämlich Bayern, konzentrieren zu wollen. Gemäß Absprache mit der extrem rechten Deutschen Volksunion (DVU) des Dr. Gerhard Frey aus München tritt bei den Landtagswahlen hier die NPD an.

a.i.d.a. Internetsonderseite ab sofort unter http://wahlen.aida-archiv.de – diese Sonderseite wird vom Kurt Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V. und der Rosa Luxemburg Stiftung finanziell unterstützt.

Bei den Kommunalwahlen spricht einiges dafür, dass die NPD teils unter eigenem Namen (wie in Fürth), teils mit Tarn- bzw. Sammlungslisten versuchen wird, zur Wahl anzutreten. In Nürnberg sitzt etwa der bayerische NPD-Landesvorsitzende Ralf Ollert bereits als Vertreter der rassistischen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ im Stadtrat. In München hat sich eine so genannte „Bürgerbewegung Pro München – patriotisch und sozial e. V.“ unter Beteiligung verschiedener Mitglieder extrem rechter Organisationen gegründet. Erklärtes Ziel von „Pro München“ ist die Teilnahme an den Kommunalwahlen und die Erringung von zwei bis drei Stadtratsmandaten. Strategie der Rechten hierbei ist es, mit harmlos daher kommenden Organisationsnamen sich an kommunalpolitische Themen und Konfliktfelder anzuhängen, um zu versuchen, sich in der Bevölkerung zu verankern.

Als Beispiele seien hier genannt: Proteste gegen die dritte Start- und Landebahn des Münchner Flughafens, gegen den Transrapid und Propaganda gegen den Moscheebau in München-Sendling. Nach Differenzen innerhalb von „Pro München“ und der rechten Szene gründete sich im Herbst 2007 die „Bürgerinitiative Ausländerstop München“ (BIA). Auch die BIA plant nun eine Kandidatur für den Münchner Stadtrat. Ein entsprechender Internetauftritt „Ausländerstopp München“ ist bereits freigeschaltet. Domain-Inhaber war bis vor kurzem der NPD-Funktionär und bayerische Landesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Norman Bordin, mittlerweile ist es Roland Wuttke.

Dieser fungiert auch als presserechtlich Verantwortlicher. Wuttke ist Vorsitzender des NPD-Bezirksverbandes Oberbayern, Landespressesprecher der bayerischen NPD und stellvertrender NPD-Landesvorsitzender. Das Vorhaben wird ausdrücklich vom NPD-Bundesvorstand und dem bayerischen NPD-Landesvorstand unterstützt. Außerdem ist damit zu rechnen, dass die Anhänger und Funktionäre der extremen Rechten neben eigenen Veranstaltungen, Infoständen und Demonstrationen immer öfter versuchen werden, bei Terminen der demokratischen Parteien und Organisationen im Sinne der so genannten „Wortergreifungsstrategie“ ihre Propaganda anzubringen. Bei Widerstand dürften sie sich als verfolgt und als vermeintlich einzig verbliebene wahre Oppositionsbewegung darstellen.

Unsere Fragestellungen sind dabei insbesondere: Was sind das für Gruppierungen, was für eine Geschichte haben sie, welche Personen stecken dahinter, welche Verbindungen gibt es und was für Inhalte vertreten sie?

Wir möchten dokumentieren, welche Aktivitäten diese Organisationen dabei entfalten und wollen Informationen zum Umgang mit Rechten auf den eigenen Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Auf dieser Sonderseite wird auch Raum sein für Stellungnahmen aller demokratischen Parteien und Organisationen, ebenso wie für die Dokumentation von Flugblättern, Pressemitteilungen und Veranstaltungshinweisen antifaschistischer Gruppen sowie Literaturhinweise.

Die Seite soll mit dazu beitragen, einen Propaganda- oder Wahlerfolg der extremen Rechten bei den bayerischenKommunal- und Landtagswahlen 2008 zu verhindern oder zu erschweren.

Der Schwerpunkt des Projekts wird auf dem Raum München liegen, soweit es aber die personelle, zeitliche und finanzielle Situation ermöglicht, werden wir auch Informationen und Hinweise zu ganz Bayern geben. Hierbei ist allerdings die Unterstützung und das Zutragen von Informationen durch andere Gruppen und Organisationen in München und Bayern unerlässlich.

Marcus Buschmüller, a.i.d.a. ■

Anzeige

Aktionstag zu NS-Kriegsverbrechen

HOPFGARTEN/TIROL. Unter dem Motto „Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern“ fand am Samstag (den 1.12.07) in der Tiroler Gemeinde Hopfgarten ein antifaschistischer Aktionstag statt. Hopfgarten wählte das Dutzend demonstrierender AntifaschistInnen aus Österreich und Deutschland deshalb, da hier Hubert Bichler, ein in Italien zu lebenslanger Haft verurteilter Kriegsverbrecher bisher ungestört seinen Lebensabend verbringt.

Der am 1.12.1920 geborene Bichler war als Kommandant zweier Züge maßgeblich an dem Massaker von Marzabotto beteiligt. Deshalb wurde er (und neun weitere deutsche Soldaten) am 13. Januar 2007 vom Militärtribunal in La Spezia zu lebenslänglicher Haft (1 Jahr davon tagsüber in Isolationshaft) wegen mehrfachen Mordes an ZivilistInnen verurteilt.

Transparent vor dem Kriegerdenkmal

Das Massaker, welches Bichler mit den SS-Einheiten zwischen dem 29. September und 1. Oktober 1944 an der Zivilbevölkerung der norditalienischen Gemeinde Marzabotto anrichtete, gehört nach Informationen der DemonstrantInnen zu den schlimmsten und brutalsten Kriegsverbrechen der Nazis während des Zweiten Weltkriegs. In dem in Hopfgarten verteilten Flugblatt heißt es dazu: „800 Menschen, hauptsächlich Frauen, Kinder und ältere Männer, wurden allein in Marzabotto niedergemetzelt und ermordet. Weitere 1.000 in umliegenden Orten, die zur Gemeinde Marzabotto gehören. Unter den Opfern waren etwa zweihundert Kinder, manche erst wenige Tage alt. Die SS-Männer drangen in Wohnhäuser, Höfe, Schulen und Kirchen ein, erschossen ihre Opfer mit Maschinengewehren, warfen Handgranaten in Häuser und zündeten Gebäude und Kirchen an. Selbst auf Leichenberge wurde noch geschossen. Die wenigen Überlebenden entkamen nur deshalb dem Tod, weil sie von den Leichen ihrer Angehörigen und Nachbarn verdeckt waren oder sich verstecken konnten“. Michael Kurz, ein Sprecher der DemonstrantInnen in Hopfgarten forderte: „Die NS-Kriegsverbrecher müssen zur Verantwortung gezogen werden. Für die Täter darf es kein ruhiges Hinterland geben, weder in Hopfgarten noch anderswo“.

Die Aktion in Hopfgarten wird von den AktivistInnenen als großer Erfolg gewertet. Am zentralen Marktplatz der 5000 EinwohnerInnen war eine „Mahnwache“ mit Infostand. Auch vor Supermärkten wurden Flyer verteilt. Innerhalb von 2 Stunden waren hunderte Flyer weg. Es gab zahlreiche gute Gespräche mit PassantInnen und bis auf eine Person keine feindseligen Bemerkungen). An die direkte Nachbarschaft von Hubert Bichler wurden extra noch „offene Briefe“ verteilt. Diese Aktion wird in den nächsten Tagen Ortsgespräch Nummer 1 sein.

Der Aktionstag „Keine Ruhe den NS-Kriegsverbrechern“ fand neben Hopfgarten noch in neun weiteren Städten (u.a. Nürnberg, Berlin etc.), in welchen verurteilte NS-Kriegsverbrecher leben, statt.

http://www.keine-ruhe.org
Quelle indymedia ■

Opa war ein Kriegsverbrecher

Kundgebung bei einem NS-Mörder in Hamburg-Volksdorf

HAMBURG. Rund 40 Menschen aus Hamburg beteiligten sich an einer Kundgebung im noblen Stadtteil Volksdorf gegen die „unverdiente Ruhe“ für den Kriegsverbrecher Gerhard Sommer. Die Kundgebung vom Arbeitskreis Distomo und der VVN-Bund der Antifaschisten war Teil einer bundesweiten Kampagne in zwölf Städten in Deutschland und Österreich unter dem Motto „Die Mörder sind unter uns!“ In den zwölf Orten lebt ein Teil der Kriegsverbrecher, welche zwar in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt wurden, die aber Dank der deutschen Justiz bisher trotzdem ein beschauliches Leben führen konnten. Dies gilt auch für den ranghöchsten noch Lebenden der 16. SS-Panzergrenadier-Division „Reichsführer SS“ Gerhard Sommer.

Der ehemalige SS-Untersturmführer wurde im Juni 2005 in Italien wegen Mordes an 560 Zivilisten in dem Bergdorf Sant'Anna di Stazzema, darunter 120 Kinder, zu lebenslanger Haft verurteilt. Sein Revisionsantrag wurde am 6. November dieses Jahres abgelehnt. Da Deutschland rechtskräftig verurteilte Mörder selbst in das EU-Ausland nicht ausliefert, ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart seit mehreren Jahren gegen Gerhard Sommer und weitere Kriegsverbrecher. Nüchtern betrachtet müssen diese Ermittlungen jedoch eher als gezielte Verzögerung betrachtet werden. „Bislang wurde in Deutschland gegen keinen der Täter Anklage erhoben“, sagte Martin Klingner, Rechtsanwalt und Sprecher des Arbeitskreises Distomo. Die deutsche Justiz setzt offenbar auf eine „biologische Lösung“ für die noch lebenden Kriegsverbrecher aus Wehrmacht und SS, welche in ihren Heimatorten ein ganz alltägliches Leben →

Runder Tisch mit Gegenaktionen zufrieden

Deutliche Kritik an Polizei-Taktik gegenüber Nazi-Aufmarsch

Essen. Ein breites Bündnis hat am Samstag, 8.12.2007, gegen einen NPD-Aufmarsch in Essen demonstriert. Bei den beiden Kundgebungen sprachen Vertreter der Christlichen Kirchen, des DGB, der Bezirksschüler/ innen-Vertretung, der Initiative Altendorf, der SPD, der Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF und der Antifa sowie der Vorsitzende des Integrationsbeirates der Stadt Essen. Die NPD hetzte in ihrem Aufruf gegen den Neubau der ältesten Essener Moschee im Stadtteil Altendorf und durfte zusammen mit einem großen Block der Kameradschaften mitten durch den Nachbarstadtteil Frohnhausen marschieren. Dazu nimmt die folgende Pressemitteilung des Runden Tisches Stellung. ***wof***

Ausgesprochen zufrieden sind die Organisatoren des Runden Tisches für Menschenrechte, gegen Rassismus und Rechtsextremismus mit den eigenen Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch am gestrigen Samstag und mit den Veranstaltungen des Stadtteilprojektes Altendorf. Mehr als 800 Menschen haben an den beiden Kundgebungen und der Demonstration des Runden Tisches teilgenommen, darunter erfreulich viele junge Leute. Vor allem an der Kundgebung auf dem Christuskirchplatz, die vom Bezirksvorsteher des Bezirkes III Essen-West, Bruno Pöllen, eröffnet wurde, beteiligten sich viele Altendorfer.

„Unsere Losung ‚Gemeinsam für das friedliche und respektvolle Miteinander im Essener Westen, für Religions- und Glaubensfreiheit, gegen Rassismus und Rechtsextremismus' ist von den vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und den Rednern mit Leben gefüllt worden", so Rainer Sonntag vom Anti-Rassismus-Telefon. „Darüber sind wir sehr erfreut. Auch der von den Kirchen und vom DITIB-Moscheeverein organisierte, gut besuchte ‚Christlich-Muslimische Feierabend' am Freitag und die Infostände des Stadtteilprojektes zum Moschee-Neubau am Samstag Mittag haben genau das Gegenteil von dem bewirkt, was die NPD mit ihrer Hetze erreichen wollte."

Heftige Kritik hat der Runde Tisch jedoch an der Polizeitaktik. Die NPD durfte mitten durch das Herz des Stadtteils Frohnhausen demonstrieren, direkt am Gervinus-Platz vorbei, obwohl auf diesem Platz der traditionelle Weihnachtsmarkt der Bürgerschaft stattfand. Der Weihnachtsmarkt wurde dadurch erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Viele Frohnhausener Einwohner hatten Angst, mit ihren Kindern daran teilzunehmen, so dass der Bürgerverein auf einem großen Teil der Nikolaus-Geschenke sitzen blieb.

Auch die Alfred-Krupp-Schule hatte auf Grund eines Hinweises der Polizei ihren lange geplanten „Tag der Offenen Tür" abgesagt.

„Wir haben in den vergangenen Jahren immer eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei gehabt", sagte Wolfgang Freye für den Runden Tisch. „Polizeipräsident Herbert Schenkelberg hatte stets dafür gesorgt, dass Nazi-Aufmärsche, wenn sie schon nicht verboten werden konnten, wenigstens in weniger belebten Gebieten stattfanden. Diese langjährige Essener Linie hat die neue Polizeipräsidentin, Frau Fischer-Weinziehr, offensichtlich verlassen. Es ist ein Skandal, dass ein ganzer Stadtteil in Belagerungszustand versetzt wird und Veranstaltungen der Einwohner/innen massiv in Mitleidenschaft gezogen werden, nur damit die NPD ungeschoren mitten durch den Stadtteil ziehen darf."

Aus Sicht des Runden Tisch müssen diese Fragen im politischen Raum diskutiert werden. Hinzu kommt, dass es am Gervinusplatz und im Anschluss an die Kundgebung des Runden Tisches zu völlig unangemessenen Reaktionen der Polizei kam, die zu einigen Festnahmen von Antifaschisten führten. Viele Jugendliche unter 18 Jahren wurden stundenlang in Polizeigewahrsam genommen.

„Während die Polizei bei den jüngeren Teilnehmern unserer Demonstration peinlichst auf die Einhaltung des Vermummungsverbotes achtete, durfte ein großer Teil der Nazis völlig unkenntlich durch die Gegend laufen", ergänzt Rainer Sonntag. „Offensichtlich hat die Polizei mit zweierlei Maß gemessen."

Der NPD-Aufmarsch, zu dem sich auch eine große Gruppe der militanten Kameradschaften gesellt hatte, war mit 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der größte Aufmarsch dieser Art in Essen seit Jahrzehnten.

Diese unerfreuliche Tatsache macht deutlich, dass die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus verstärkt werden muss. ■

→ als „netter Opa von nebenan" führen. In Volksdorf ist dieses Image von Gerhard Sommer jedoch durch wiederholte öffentliche Aktionen angekratzt. Die Leute aus dem Stadtteil wissen zumindest, dass sie mit einem rechtskräftig verurteilten Massenmörder zusammen leben.

Es gibt keinen Grund, die Täter für ihre Morde heute nicht mehr zur Rechenschaft zu ziehen. Reue ist für die meisten von ihnen ohnehin ein unbekanntes Wort. Gerhard Sommer zum Beispiel beteuerte gegenüber dem Fernsehen er habe ein „absolut reines Gewissen."

Am Umgang mit der Vergangenheit entscheidet sich die Frage, auf welchen Werten sich eine Gesellschaft gründet. Wenn massenhaft Verbrechen bewusst verdrängt, Mörder gezielt nicht zur Verantwortung gezogen, sondern als „ehrenwerte Bürger" angesehen werden, gibt es keinen Grund, sich über Gewaltexzesse wie in Mügeln zu wundern. Im August 2007 wurden dort Menschen indischer Herkunft vom Mob durchs Dorf gejagt. Warum die Polizei erst sehr spät einschritt, kann sich heute angeblich niemand erklären.

Lokalberichte Hamburg vom 6.12.07, 25-2007 ■

DÜSSELDORF. Der DGB NRW übernimmt die Schirmherrschaft für den „Zug der Erinnerung“, wenn er im kommenden Februar durch Nordrhein-Westfalen fährt. Dies ist das Ergebnis eines Koordinationstreffens, das am 28. November in Düsseldorf stattfand. Vertreten war die DGB-Jugend aus 7 Regionen, die sich über die bisherigen Ergebnisse des bundesweiten Gedenkens informierte und Vorbereitungen für die Ankunft des Zuges in ihren jeweiligen Städten treffen will.

In Dortmund und Siegen hat die praktische Arbeit bereits begonnen. Dort nehmen die Koordinatoren Kontakt mit den örtlichen Schulen auf und regen Projekte zur Spurensuche an. Bürgerinitiativen und andere gesellschaftliche Organisationen werden eingeladen, ein Begleitprogramm zu entwerfen. Ziel ist eine möglichst umfassende Breite des Gedenkens. .

Im Rhein/Ruhrgebiet fanden Massendeportationen statt, die der Historiker Michael Zimmermann am Beispiel der Transporte aus Essen detailliert dargestellt hat. Um die Essener Juden am 21. und 25. Juli 1942 in den Tod zu schicken, stimmten sich die Reichsbahndirektionen Köln, Wuppertal, Kassel, Frankfurt am Main, Erfurt und Dresden ab. Die Schleusung der „Sonderzüge“ fand am helllichten Tage und unter den Augen des zufällig anwesenden Bahnpublikums statt. Teilweise wurden Deportationswagen üblichen Reisezügen angehängt, um die Deportierten an Knotenpunkte der Reichsbahn-Logistik zu bringen.

In eine Reihe dieser Bahnhöfe des heutigen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen wird der „Zug der Erinnerung“ im kommenden Februar einfahren und einen Beitrag leisten, um mit seiner Ausstellung den vergessenen Opfern ihre Gesichter und ihre Würde wiederzugeben.

Vorläufiger Zuglaufplan:
Reguläre Öffnungszeiten: 9:00 - 19:00 Uhr. Bitte informieren Sie sich vor Ort über die genauen Öffnungszeiten.

Göttingen: 12. Dezember bis 16. Dezember (mit Pendelfahrt nach Northeim) Koordination: zug-der-erinnerung-goe@hotmail.de
Kassel: 17. Dezember bis 18. Dezember im Hauptbahnhof, Koordination: politischebildung@gmx.de
19. Dezember bis 6. Januar 2008 noch frei
Hannover: 7. Januar bis 11. Januar. Koordination: tom.seibert@dgb.de
Lehrte: 12. Januar bis 13. Januar, Koordination: tom.seibert@dgb.de
Braunschweig: 14. Januar bis 15. Januar, Koordination: hansi.volkmann@dgb.de
Halle: 16. Januar bis 19. Januar, (mit Pendelfahrt nach Bernburg u.a.) Koordination: zug_der_erinnerung@gmx.de
Gotha: 20. Januar bis 22. Januar im Hauptbahnhof

Weitere Stationen: Erfurt; Weimar; Leipzig, Hildesheim. Anschließend NRW u.a. (Februar/März), Rheinland-Pfalz (März), Bayern (März/April). Anfahrt Dresden, Bautzen, Görlitz/Grenze Ende April.
Ankunft Gedenkstätte Auschwitz Anfang Mai 2008

NPD hofft auf weitere Parlamentssitze

Der bisherige Wahlkampf der NPD in Niedersachsen zeigt, dass die Abgrenzung des Parteivorstandes zum „Schwarzen Block“ vom 15. August in der Realität schnell vergessen ist. Beim Wahlkampfauftakt am 15.9. in Hannover wurden die ‚freien“ Nationalisten offen hofiert. Ganz offensichtlich braucht die NPD gerade diese Gruppen, um ihr angestrebtes Ziel zum Einzug in den Landtag ihres „Stammlandes“ – 6 plus x der Stimmen – zu erreichen. So waren nicht nur ganze Gruppen der „autonomen“ Nationalisten aus Dortmund, Essen und Hamm angereist, auch auffällig viele Kameradschaftsaktivisten aus dem „Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern“ spielten eine wichtige Rolle. Ihnen war aus der Seele gesprochen, als neben Spitzenkandidat Molau auch Bundesvorsitzender Udo Voigt die zuvor verkündete Ausgrenzung durch die Bundespartei aufhob und den „Black Block“ zur Unterstützung des Wahlkampfes begrüßte. Dieter Riefling, verurteilter ‚Blood & Honour“-Aktivist und Anführer der Freien Nationalisten Niedersachsen, erklärte dann demonstrativ: „Wir brauchen jeden Mann und jede Frau“. Er kann als Direktkandidat für die NPD im Landtagswahlkampf antreten und versprach schon: „Im Landtag werden wir für neue Zeiten sorgen!“

Mit einem aktualisierten „Sofortprogramm“ will eine NPD-Fraktion bei Einzug in den hessischen Landtag punkten. Nach der populistischen Forderung „Senkung der Abgeordnetendiäten auf 50 %“ kommt man ähnlich wie Andreas Molau in Hannover gleich zur Sache und fordert „Sonderklassen für ausländische Kinder anderer Kulturkreise“. Demagogisch heißt es, da die Integration gescheitert sei, dürften deutsche und ausländische Kinder nicht länger die Leidtragenden sein. Durch die Einrichtung von Sonderklassen sollten die ausländischen Kinder „bei ihrer Rückführung“ einen leichteren Start in ihrem Heimatland haben. Weitere nationalistische Forderungen sind die nach Prämien für jeden Betrieb in Hessen, der bevorzugt Deutsche einstellt (das eigene Volk muss im eigenen Land bevorzugt werden“), nach Ehestandsdarlehen für deutsche Paare und nach ‚Begrüßungsgeld“, wenn diese dann deutsche Kinder zeugen sowie nach einem Schulfach (deutsche) „Volkskunde/Kultur“.

Für die Bürgerschaftswahl in Hamburg haben wieder mehrere Gruppierungen das Wählerpotenzial rechts von der CDU im Blick. Entsprechend dem Wahlpakt zwischen DVU und NPD ist es hier die DVU, die die rechtsextreme Liste aufstellt, was NPD-Vertreter nicht ausschließt. Die Unterstützung der „Freien Nationalisten“ dürfte sich dagegen schwieriger gestalten. Bereits im Sommer versuchten des weiteren zwei ehemalige Senatoren auf Schills Spuren mit populistisch-nationalistischen Parolen in den beginnenden Wahlkampf einzusteigen. Ex-Senator und Ex-CDU-Mitglied Roger Kusch (früher Justizchef) wagte eine Neugründung unter dem Namen „KUSCH – rechte Mitte Heimat Hamburg“. Er fährt dabei weitgehend auf den Gleisen des „Richters Gnadenlos“ Ronald Schill, wenn auch die Forderung, ‚Bettler und Penner“ hätten auf Hamburgs Straßen nichts verloren, auf dem Programmparteitag sprachlich gemildert wurde. Forderungen nach Abschaffung des Jugendstrafrechts, nach Kopftuchverbot in öffentlichen Gebäuden und nach genetischem Fingerabdruck von allen Asylbewerbern führten dennoch dazu, dass die „lächelnde Guillotine“ (so Kuschs Spitzname) bei der Veranstaltung vom „Schwarzen Block“ mit massiven „Schill junior“-Rufen gestört wurde. Auch die Veranstaltungen des EX-Schillianers Dirk Nockemann (früher Innensenator) mit seiner ‚Deutschen Zentrumspartei“ gerieten zum Debakel, gingen in einem Meer von Seifenblasen, Luftschlangen, Spottgesängen, in Gejohle und Handyton-Gedudel unter.

Das rechtsextreme „Nationale Bündnis“ Dresden hat beschlossen, bei der Stadtratswahl 2009 nicht mehr selbst anzutreten, sondern die offenen Listen der NPD zu unterstützen. Bei der Vorstandswahl im September wurden alle Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt. Holger Apfel, stellvertretender Vorsitzender der NPD und Fraktionsvorsitzender der NPD im sächsischen Landtag bleibt auch da Chef.

aus Newsletter Die Linke / BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus, Antifa aktuell 10/2007 ■

„Teilwahl“ in der Pariser Banlieue:

Extremer Rechten gelingt es nicht, übermäßig Kapitel aus den schweren Unruhen zu schlagen

Jean-Michel Dubois ist ein langjähriges Führungsmitglied des Front National (FN). Bereits in den 80er Jahren war er führend am Aufbau einer „Wirtschaftsorganisation“ der rechtsextremen Partei, die sich damals vor allem an die mittelständischen Unternehmer richtete – es handelte sich um die FNEML (Nationale Föderation für moderne Unternehmen und Freiheit) – beteiligt. Am vergangenen Wochenende war, erstmals in den letzten Jahre, größere Aufmerksamkeit in der französischen Öffentlichkeit auf ihn gerichtet.

Am Sonntag, 9. Dezember trat Dubois in der Pariser Banlieue oder Trabantenstadtzone als Kandidat an. Dort, präziser im Wahlkreis von Sarcelles, ist ein durch den Abgang des bisherigen rechtssozialdemokratischen Abgeordneten Dominique Strauss-Kahn nach Washington (wo er neuer Direktor des Internationalen Währungsfonds IWF geworden ist) frei gewordener Abgeordnetensitz neu zu besetzen. Dazu findet eine so genannte ‚élection partielle‘ oder „Teilwahl“ statt, wie es im französischen System üblich ist, wo es keine Landeslisten bei den Parlamentswahlen gibt.

In demselben Wahlkreis, genauer in der 26.000 Einwohner zählenden Stadt Villiers-le-Bel, fanden vor nunmehr zwei Wochen dreitägige, heftige Unruhen statt, die im ganzen Land im Mittelpunkt der Medienberichterstattung standen. Der FN-Kandidat Dubois verstand es kurz nach Ausbruch der Riots geschickt, die in Teilen der Gesellschaft aufgebrochenen Ängste aufzugreifen und sich in Szene zu setzen.

Vor diesem Hintergrund bestand das erhebliche Risiko, dass (ähnlich wie nach den großflächigen Riots von 2005) ein Teil der Gesellschaft mit einem rassistischen Schub und einem Rechtsruck reagieren könnte. An den ersten beiden Tagen nach dem Ausbruch der Riots mussten mindestens zwei Leserforen französischer Medien – jenes der Gratistageszeitung ‚20 minutes‘, und das unter einem Artikel der konservativen Tageszeitung ‚Le Figaro‘ zum Thema – im Internet aufgrund überbordender rassistischer Äußerungen geschlossen werden. Beim ‚Figaro‘ las man etwa, von LeserInnen verfasst: „Ungeziefer, das rottet man aus“ (la vermine, ça s’extermine) oder „Mit echter Munition auf die Aufrührer schießen!“ Ob das nur eine rechtsradikale Minderheit ist, die laut lospoltert, ob der Rechtsruck im Gegenteil breitere Kreise bis hinein ins verängstigte Bürgertum erfasst, oder aber ob die Sache aufgrund des relativ schnellen Abflauens der diesjährigen Unruhen bald wieder in den Hintergrund rückt, blieb zunächst noch abzuwarten. Bei der konservativen Tageszeitung ‚Le Figaro‘ waren es unterdessen nicht allein die Leser (oder Internetnutzer), die rassistische Reaktionen und rassistische Interpretationen des Geschehens an den Tag legten. Auch im redaktionellen Teil des Blattes wurde in ähnlichem Sinne geholzt, wobei der Tonfall natürlich höflicher blieb. Der berüchtigte Verantwortliche für die Kommentarspalte und die Seite für Gastbeiträge sowie Leserbriefe, Ivan Rifoul, tönte etwa, die Vorfälle erwiesen „das Scheitern des Multikulturalismus“. Er sprach von „neuen Barbaren“ und analysierte das Geschehen als eine Konsequenz von „Einwanderung und Vermischung der Kulturen“, den Linksparteien vorwerfend, deren „Loblied“ (éloge) zu singen (Vgl. im Original: http://www.lefigaro.fr/debats/2007/11/30/01005-20071130ARTFIG00355-la-france-en-morceaux-suite.php). Die extrem dramatisierende Überschrift des Kommentars lautet: „Frankreich in Stücken“.

Zunächst noch einige notwendige Anmerkungen zu den Unruhen selbst.

Ein Besuch in Villiers-le-Bel

An der Architektur liegt es nicht! Das Erste, was dem Ankömmling in Villiers-le-Bel sofort auffällt, ist der Anschein von Banalität, ja fast von Idylle. Steigt man in der Stadt, die in der vergangenen Woche für so viele Schlagzeilen in Frankreich – und darüber hinaus – sorgte, aus dem Bus, findet man keine gigantischen Wohnsilos vor. Weder riesige Hochhaustürme noch Plattenbauriegel, bis auf einen einzigen, der auf den romantisch anmutenden Namen ‚La Cerisaie’ (Der Kirschgarten) hört.

Von der Haltestelle im Zentrum von Villiers-le-Bel aus losgehend, stößt man zunächst auf einen historischen Dorfkern. Er wird durch Straßen mit schmucken Häuschen und kleinen Läden geprägt. Manchen von ihnen sieht man an, dass es sich vor vielleicht zwei Generationen noch um Bauernhöfe handelte. Dieser Teil von Villiers-le-Bel hört heute auch offiziell auf den Namen Le Village, „das Dorf“. Einige Querstraßen weiter dann betritt man die Kollektivsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus, die heute 50 Prozent der Gesamtzahl der Wohnungen in der 26.000 Einwohner zählenden Stadt ausmachen. Sie weisen drei bis zehn Stockwerke auf, zeichnen sich also keineswegs durch Gigantomanie aus, und die Siedlungen insgesamt sind wesentlich kleiner als die Hochhaus- und Plattenbaulandschaften anderer Pariser Trabantenstädte wie Argenteuil, Nanterre oder La Courneuve. Alles eher unspektakulär.

Die Bauweise ist also nicht schuld, wenn die sozialen Probleme in Villiers-le-Bel sich zu einer explosiven Mischung zusammengeballt haben, die vergangene Woche zu einer Aufsehen erregenden Detonation führte. Allerdings leidet die Stadt, oder die Mehrheit ihrer Einwohner, unter einem wichtigen Handicap: ihrer räumlichen Isolierung, dem Gefühl, abgeschnitten und im Stich gelassen worden zu sein. Früher war es einmal nicht unattraktiv, hier zu wohnen: In 15 S-Bahn-Minuten Entfernung von Paris konnte man im Grünen siedeln. Arbeiter und Angestellte ließen sich hier nieder, nachdem der Staat in den sechziger Jahren massiv in den Wohnungsbau investiert hatte, zunächst, um die bei der Unabhängigkeit (1962) aus Nordafrika ausgesiedelten Algerienfranzosen unterzubringen. In der Hauptstadt und ihrer Umgebung gab es noch genügend Jobs in greifbarer Nähe. Über die geographische Situation der Stadt machte man sich nicht so viele Gedanken, man war vor allem am Abend und am Wochenende dort und mitunter froh, vom Treiben der Großstadt ein wenig abgeschnitten zu sein. Aber mit dem Ausbleiben von Arbeitsmöglichkeiten wird die vermeintliche Idylle für die Bewohner, und für ihre heranwachsenden Kinder, zur Ödnis: Ohne regelmäßiges Einkommen kann man sich die – aufgrund der Lage in einer äußeren Zone des Verkehrsverbunds – relativ teuren Verkehrsmittel etwa nach Paris nicht mehr oft leisten. Wer es rechtzeitig schaffte, zog fort. Die Dagebliebenen fühlen, dass sich der Ruf ihrer Stadt verschlechtert, dass eine Adresse hier ihre Jobchancen schmälert.

Soziale Krisenphänomene und Gewalt wuchsen an. Wer aber als Jugendlicher einmal „Dummheiten“ beging oder der Polizei auffällig wurde, hat rasch verspielt: Um etwa am Flughafen zu arbeiten, darf man nicht nur kein Vorstrafenregister aufweisen, sondern darf auch nicht in sonstiger Form in den Polizeiakten zitiert werden. „Aus Sicherheitsgründen“, wie es heißt. Der Flughafen von Roissy-Charles de Gaulle liegt in greifbarer Nähe, ist aber für viele Bewohner kaum erreichbar. Aufgrund ihrer „Polizeibekanntheit“ aus Jugendjahren, aber vor allem auch aufgrund mangelnder Verkehrsanbindung. Wer kein eigenes Auto besitzt, hat verloren: Obwohl der Flughafen in dichtester Nachbarschaft liegt, müsste man einen gigantischen Umweg über Paris fahren, um sich mit öffentlichen Transportmitteln dorthin zu begeben. Bei flexiblen Arbeitszeiten, Tag und Nacht, hat man da keinerlei Chance. Der Bau einer S-Bahn-Linie zwischen Stadt und benachbartem Flughafen ist zwar geplant,

gilt aber nicht als „Priorität“. Bis spätestens 2030 soll es so weit sein. Ein schwacher Trost.

Damit sind einige der Ursachen dafür benannt, dass die Lage in Villiers-le-Bel „explosiv“ werden konnte. Es musste noch ein Katalysator hinzukommen, ein Anlass, um es zum Knall kommen zu lassen. Das war am Sonntag, den 25. November der Fall. Am frühen Abend starben der 16-jährige Larami und der 15 Jahre alte Moushin auf ihrem, im Französischen als ‚minimoto’ bezeichneten, Crossmotorrad beim Zusammenstoß mit einem Polizeiauto. Der Bäckerlehrling und der Jugendliche, der am folgenden Tag eine Ausbildung als Klempner beginnen sollte, wurden durch die Luft geschleudert und waren sofort tot. Ihre Familien waren dereinst aus dem Senegal sowie aus Marokko nach Frankreich eingewandert.

Wie genau die Kollision ablief, ist bisher noch ungeklärt. Die „offizielle Version“ lautet, dass die beiden Jugendlichen mit ihrem Minimotorrad, auf dem sie ohne Sturzhelm fuhren, an einer Ecke dem Polizeifahrzeug die Vorfahrt genommen habe. Daher sei es, von vorne links her kommend, in das Polizeifahrzeug hinein gefahren, welch letzteres mit 40 bis 50 km/h, also mit moderater Geschwindigkeit gefahren sei. Gegen diese „offizielle“ Theorie wird aber der Zustand des Polizeifahrzeugs angeführt: Dieses weist auf seiner gesamten Vorderseite – und zwar auf der linken ebenso wie auf der rechten Flanke und vorne – einen Totalschaden auf, wie er nur von einer schweren Kollision im vorderen Bereich stammen kann. Darauf hatte die Polizei wiederum eine Antwort. Sie behauptet, dass junge Aufrührer das Polizeiauto nachträglich mit Eisenstangen demoliert hätten.

Dumm nur, dass die liberale Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘am Mittwoch (28?. November) ein Amateurvideo veröffentlichte, das unmittelbar nach dem Unfall aufgenommen worden war. Es wurde von einem Anwohner gedreht, der sofort nach dem Ereignis auf die Straße hinunter ging. Und man sieht darauf allzu deutlich, dass sich das an der Kollision beteiligte Polizeifahrzeug bereits in dem Zustand befand, den es auch später aufwies.

Was aber steckt dahinter? Ein junger Mann, der mich auf der Straße anspricht, weil ich die heruntergebrannte Polizeiwache photographiere, kennt eine Antwort. Er selbst verurteilt die schweren Ausschreitungen, die sich infolge des Todes von Larami und Moushin in seiner Stadt abspielten, weist aber auch auf die Ursachen hin: Nicht alle, aber einige Polizeibeamte seien ausgesprochen rassistisch und schikanierten vor allem die Jugendlichen aus Einwandererfamilien. Viele der Jugendlichen aus den sozialen Unterschichten wiederum vertrieben sich ihre Zeit damit, auf kleinen Crossmotorrädern durch die Gegend zu heizen. Seit Jahren werde gefordert, ein Crossgelände dafür anzulegen, bislang aber hat das Rathaus das erforderliche Geld stattdessen in den Bau einer neuen Polizeiwache investiert. Das Herumgeheize nerve die Polizisten, die sich darauf verlegt hätten, diesen Jugendlichen Angst einzujagen: Man verfolge sie im Auto und fahre dicht von hinten an sie heran oder versetze ihnen einen Stoß von hinten, um ihnen Furcht einzuflößen. Das hätten die beteiligten Beamten bestimmt auch in diesem Falle versucht: „Sie wollten sie nicht töten, nur von hinten anfahren. Aber dieses Mal haben sie vielelicht zu stark beschleunigt. Ein Freund von mir ist Ingenieur und war bei einer Firma in der Unfallforschung tätig: Er meint, so wie das Auto aussehe, müssten sie zum Kollisionszeitpunkt 120 Stundenkilometer drauf gehabt haben, sonst könnte es nicht in solch einem Zustand sein. Deshalb auch sind die Polizisten nach dem Unfall abgehauen: Sie wussten, dass sie eine Dummheit angerichtet hatten, und bekamen es mit Angst vor den Folgen zu tun.“ Seine Version wird von anderen jungen Leuten vor Ort geteilt. Andere berichten, zwei bis drei Wochen vor dem tödlichen Unfall hätten Polizisten manchen Heranwachsenden in Villiers-le-Bel gedroht: „Wenn Ihr mir Eurem blöden Crossfahren nicht aufhört, dann fahren wir Euch über den Haufen.“

Der tödliche Zusammenstoß und seine Begleitumstände wurden zum Auslöser kurzer, aber heftiger Unruhen, in deren Verlauf sich vor allem Jugendliche und junge Erwachsene heftige Kämpfe mit Polizeikräften – die immer massiver zusammengezogen wurden – lieferten. Aber auch öffentliche und private Gebäude, von der Polizeiwache über die Niederlassung eines Autohändlers bis hin zu einer örtlichen Bibliothek, anzündeten und niederbrannten. Insgesamt wurden bei Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften an den ersten drei Tagen 120 Polizisten verletzt. Vier unter ihnen wurden mit schwereren Verletzungen, die vom Beschuss mit Schrotmunition herrühren, stationär behandelt.

Seit dem 29. November kehrt dann wieder eine prekäre Ruhe in der Stadt ein, nachdem starke Polizeikräfte aus der gesamten Region Ile-de-France dort konzentriert worden waren, um neu ausbrechende Unruhen im Keim zu ersticken. Rund 1.000 Ordnungshüter, namentlich aus der Bereitschaftspolizei CRS, schieben seitdem Wache – ihre Anzahl entspricht vier Prozent der Einwohnerzahl von Villiers-le-Bel. Auch das Elite-Sondereinsatzkommando RAID, das ungefähr mit der deutschen Sondereinheit GSG9 verglichen werden kann, kam Ende vergangener Woche dort zum Einsatz. Unter Einsatz von Spezialkameras sollte es nach eventuell auftauchenden Schusswaffen suchen. Nachts kreisen Hubschrauber mit Lichtprojektoren über Villiers-le-Bel. Wir sehen selbst einen dieser Helikopter, der in geringer Entfernung von uns seine Kreise zieht und einen Lichtkegel in Richtung Boden richtet. „Sie kommen nicht bis direkt hierher, die Hubschrauber bleiben über den Sozialbausiedlungen und drehen dort ständig“, meint der junge Mann, den wir neben der ausgebrannten Polizeiwache getroffen haben. „Das geht die ganze Nacht so. Wenn Du sechs oder sieben Helikopter hast, dann kannst Du nicht schlafen“ stöhnt er.

Das Wahlergebnis

Vor diesem Hintergrund erhielt Jean-Michel Dubois nun im Wahlkreis von Sarcelles 7,47 % der Stimmen. In der Stadt Villiers-le-Bel selbst sind es 10,53 % Die Wahlbeteiligung, die bei solchen „Teilwahlen“ allgemein niedrig liegt, beiträgt insgesamt 25,06 %. Vor Ort in Villiers-le-Bel liegt sie bei (noch geringeren) 22,24 %.

Dieses Ergebnis bedeutet einen Wiederanstieg des rechtsextremen Stimmenanteils gegenüber der Parlamentswahl vom 10. und 17. Juni dieses Jahres. Damals erhielt der FN-Bewerber im Wahlkreis von Sarcelles genau 4 % der Stimmen. In der Stadt Sarcelles waren es damals 3,3 %, in Villiers-le-Bel hingegen leicht überdurchschnittliche 4,67 %.

Allerdings können die diesjährigen Parlamentswahlen kaum als Maßstab für die Bewertung des Abschneidens der extremen Rechten herangezogen werden: Allgemein schnitt der FN in diesem Jahr dabei ungewöhnlich niedrig (im nationalen Durchschnitt: 4,3 %) ab, nachdem Le Pen zuvor im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl am 22. April 2007 zum ersten Mal auf landesweiter Ebene einen Rückschlag hatte hinnehmen müssen. Nehmen wir also zum Vergleich zusätzlich noch die Parlamentswahlen vom Juni 2002 heran, die auch damals, in wenigen Wochen Abstand, dicht den Präsidentschaftswahlen folgten. Vor fünf Jahren erhielt die damalige FN-Bewerberin noch 14,52 % in dem Wahlkreis, der uns interessiert. In der Stadt Sarcelles erhielt sie unterdurchschnittliche 12,12 %, in dem (jetzt von den Unruhen betroffenen) Villiers-le-Bel hingegen 16,61 % der Stimmen.

Insofern lässt sich feststellen, dass es dem FN in einer für ihn und seine Propaganda ausgesprochen günstigen Situation zwar gelingt, sein absolutes Tief vom Frühsommer dieses Jahres zu überwinden, er aber dennoch (bei weitem) keine neuerliche Annäherung an vergangene Spitzenergebnisse schafft. Die Stichwahl am kommenden Sonntag werden die beiden „großen“ Kandidaten von der Sozialdemokratie und der konservativen Regierungspartei UMP unter sich ausmachen. Mit gut 38 bzw. gut 37 Prozent der abgegebenen Stimmen schnitten sie in ähnlichen Proportionen ab wie bei der frankreichweiten Parlamentswahl im Juni. Noch hält der „Effekt Sarkozy“, der viele frühere rechtsextreme Wähler (zurück) in den Bann des konservativen Rechtsblocks zog, anscheinend an.

Bernhard Schmid (Paris) ■

Demonstration gegen Ausschaffung

ZÜRICH. Einige hundert Personen haben am Samstag, den 17.11. in Zürich gegen das neue Ausländer- und Asylgesetz demonstriert, das am 1. Januar 2008 in Kraft tritt. Motto der bewilligten Demonstration war «Gegen Ausschaffung und Ausgrenzung! Solidarität leben!».

Unter den Teilnehmenden befanden sich viele, die von den Verschärfungen des neuen Gesetzes betroffen sein werden, teilten die Organisatoren am Samstag mit. Laut Organisatoren nahmen rund 1500 Personen teil, die Polizei geht von rund 500 Personen aus. Die Kundgebung sei friedlich verlaufen, hieß es von seiten der Stadtpolizei Zürich.

Gefordert wurde von den Demonstranten ein radikales Umdenken in der Asylpolitik. Aus Krisenregionen wie etwa dem Irak, Darfur oder Burma sollten Kontingentsflüchtlinge sofort aufgenommen werden. Zudem solle jede Form von Zwangsausschaffung unterlassen und alle Ausschaffungsgefängnisse per sofort geschlossen werden. Die Aktion wurde unter anderem von der Menschenrechtsorganisation „augenauf“ organisiert.

Im Aufruf zur Demonstration heißt es: „Seit Jahren verschärft die Schweiz ihre Politik gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen und erlässt Gesetze, welche elementare Menschen- und Grundrechte mit Füssen tritt. Auf den 1. Januar 2008 werden die letzten Teile des neuen Ausländer- und Asylgesetzes gültig und wir werden mit einer neuen Dimension von Ausgrenzung, Kriminalisierung und Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge konfrontiert sein. ...

Wir fordern: Ein radikales Umdenken in der Asylpolitik und eine sofortige Aufnahme von Kontingentflüchtlingen aus Krisenregionen wie beispielsweise dem Irak, Darfur oder Burma! Wir fordern: Jede Form von Zwangsausschaffung zu unterlassen und alle Ausschaffungsgefängnisse per sofort zu schliessen! Keine Ausschaffungen in Bürgerkriegsländer und Folterstaaten wie dem Iran, der Türkei oder Afghanistan!

Wir fordern: Schluss mit der gesellschaftlichen Ausgrenzung! Freier Zugang zu Bildung und Arbeit sowie Chancengleichheit für alle. Weg mit dem Arbeitsverbot und Sozialhilfestopp!

Wir rufen zum zivilen Ungehorsam gegen die unmenschliche Asyl- und Migrationspolitik auf. Wer wegschaut und schweigt, der macht sich mitschuldig!“

Fotos:www. arbeiterfotografie.com ■

Abschiebungshaft in Deutschland: Datenlage immer noch schlecht

BERLIN. Der Interkulturelle Rat (IR) hat zum dritten Mal eine Sammlung von Anfragen an die Länderparlamente zum Thema Abschiebungshaft veröffentlicht. Unter dem etwas umständlichen Titel „Auswertung kleiner und großer Anfragen und Antworten der Länderparlamente zum Themenfeld Abschiebungshaft“ sind die wenigen Informationen, die man über die Praxis der Abschiebungshaft in Deutschland erhalten kann, zusammengestellt und kurz kommentiert. Die Mehrheit der Bundesländer führt nämlich immer noch keine oder nur unvollständige Statistiken über ausreisepflichtige Personen und Flüchtlinge. Außerdem sind die Daten auf Grund unterschiedlicher Erhebungsverfahren nur bedingt vergleichbar.

Aus Bayern, Bremen, Hessen, dem Saarland und Sachsen-Anhalt liegen bedauerlicherweise gar keine Daten vor, die umfangreichste Datenerhebung wird in Berlin angestellt.

Allgemein lässt sich ein Rückgang der Zahl der Abschiebungshäftlinge verzeichnen. Die Zahl der Suizidversuche ist aber weiterhin recht hoch und hängt möglicherweise mit der Haftdauer zusammen. Am Beispiel von Berlin lässt sich dieser Sachverhalt recht gut belegen: Die zehn Abschiebungshäftlinge, die einen Selbstmordversuch begingen, saßen durchschnittlich rund 83 Tage in Haft. Die längste Haftdauer belief sich auf 177 Tage.

Weiterhin festzustellen ist, dass sich immer noch viele Minderjährige in Abschiebungshaft befinden. Ein weiblicher Abschiebungshäftling in NRW beging Selbstmord.

Quelle: Forum Migration Dez.2007 ■

Stellungnahme zum Prüfbericht des Innenministeriums „Illegal aufhältige Migranten in Deutschland“

BERLIN. Der Deutsche Caritasverband hat zum Bericht des Bundesministeriums des Innern zum Prüfauftrag „Illegalität“, der aus der Koalitionsvereinbarung der Regierungskoalition stammt, sowie zum Bericht des BMI „Illegal aufhältige Migranten in Deutschland – Datenlage, Rechtslage, Handlungsoptionen“ vom Februar 2007 Stellung genommen. In der Stellungnahme wird insbesondere kritisiert, dass das zentrale Ergebnis des Berichtes, im Wesentlichen bestehe beim Thema „Illegalität“ kein Handlungsbedarf, im krassen Widerspruch zur Realität stehe. Der Staat müsse sich mit den Notlagen der Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität auseinandersetzen

und dürfe nicht länger darauf vertrauen, dass die Akteure der Zivilgesellschaft diese Aufgaben übernehmen. Der Staat sei in der Pflicht, seinen Aufgaben nachzukommen und Zugang zur Gesundheitsversorgung, Schulbildung und zum Rechtsweg auch tatsächlich zu ermöglichen.

Die Kernforderungen der Caritas lauten:

1. Der Deutsche Caritasverband fordert den Gesetzgeber auf, die Übermittlungspflichten für bestimmte öffentliche Stellen, die mit der Gewährung sozialer Rechte betraut sind, einzuschränken. Sie erfüllen ihre Aufgabe nicht und tragen zu existenzieller Not bei. Die bestehenden gesetzlichen Beschränkungen, insbesondere die Schweigepflicht von Ärzten und ihren Gehilfen, müssen in vollem Umfang respektiert werden.

2. Der Deutsche Caritasverband mahnt die Klarstellung auf untergesetzlicher Ebene an, dass berufspezifische humanitär motivierte Unterstützung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus kein strafwürdiges Unrecht ist.

3. Der Deutsche Caritasverband ruft dazu auf die UN-Kinderrechtskonvention vorbehaltlos zu ratifizieren und aufenthaltsrechtliche Regelungen nicht länger über das Kindeswohl zu stellen.
4. Der Deutsche Caritasverband unterstreicht, dass die legitime Durchsetzung von Recht und Ordnung nicht ohne die menschenrechtlichen Bindungen des Staates gedacht werden kann.

Quelle: Deutscher Caritasverband e.V. ■

Katholisches Forum kritisiert Bericht des Innenministeriums zu „Illegalen"

BERLIN. Das Katholische Forum „Leben in der Illegalität" hat den Bericht des Bundesinnenministeriums zu „Illegal aufhältigen Migranten in Deutschland" ebenfalls kritisiert. Obwohl der Bericht schon seit vielen Monaten den Koalitionsparteien vorliege, sei eine Veröffentlichung bislang ausgeblieben.

„Die Probleme, die daraus für die betroffenen Menschen und für die Gesellschaft entstehen, verschwinden nicht, indem man sie verschweigt", mahnt der Vorsitzende des Katholischen Forums „Leben in der Illegalität", Weihbischof Dr. Josef Voß.

Das Forum kritisiert besonders die Vorschläge des Berichts zur Beibehaltung und Verschärfung der gesetzlichen Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen. Denn diese verhindern, dass Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität die ihnen auch nach dem deutschen Recht zustehenden grundlegenden sozialen Rechte (etwa auf medizinische Versorgung, Schulbesuch und Lohn für geleistete Arbeit) auch tatsächlich angstfrei in Anspruch nehmen können. Die geplante Ausweitung der Übermittlungspflichten träfe insbesondere die Kinder unerlaubt im Land lebender Eltern und würde ihre ohnehin äußerst schwierige Situation noch weiter verschlechtern. „Polarisierungen, wie sie der Bericht des Innenministeriums vornimmt, helfen nicht weiter", so Weihbischof Voß. Stattdessen müssten pragmatische Lösungen gesucht werden, die den Menschen gerecht würden.

jrs-newsletter 3.12.07 ■

Medienpaket: DISPLACED – Flüchtlinge an Europas Grenzen"

Fotobuch (128 Seiten, vierfarbig, gebunden; Marokko/Spanien/Italien/Ukraine); Dokumentarfilm „Au clair de la lune" (Burkina Faso/Elfenbeinküste/Mali 40 Min.); Dokumentarfilm „Le Heim" (Deutschland, 16 min); Hrsg. von PRO ASYL im von Loeper Literaturverlag, Dezember 2007.
Die Reise der Fotografin und Dokumentarfilmerin Leona Goldstein beginnt in Westafrika, wo korrupte Politiker ihre Wahlkampagnen von französischen Unternehmen führen lassen, wo bittere Armut die Menschen in die Flucht zwingt. Goldstein folgt der Ausbeutung der Rohstoffe und der Menschen, spricht mit Oppositionellen und Flüchtlingsfrauen. Sie sucht die Menschen vor den kaum überwindbaren Mauern der „Festung Europa" in Marokko und in der Ukraine auf. Schließlich geht sie hinein in ein isoliertes deutsches Flüchtlingslager, eine Exklave im Inneren Europas, wo Flüchtlinge auf sechs Quadratmetern Niemandsland vegetieren.
Das Medienpaket eignet sich als Geschenk oder für die politische Bildungsarbeit von Jugendlichen und Erwachsenen. Alle Inhalte sind dreisprachig (deutsch/englisch/französisch).
http://www.proasyl.de/
Zu bestellen
über.http://www.proasyl.de/de/shop/buecher/index.html%20, Subskriptionspreis bis 31.12.07 26,90 Euro + 3,- Euro Versand

„Goldene Rute" für Uwe Schünemann

HANNOVER. Am 6.12. wurde von den Jugendlichen ohne Grenzen JoG der „Beste Abschiebeminister 2007" gewählt. Alle Innenminister hatten gute Chancen auf den Titel, denn die Abschiebepraxis der Bundesrepublik ist nach wie vor unmenschlich und steht im krassen Wiederspruch zu den Kinder- und Menschenrechten und viel zu wenige haben trotz Bundestagsbeschluss ein Bleiberecht erhalten. Die „Auszeichnung" geht dieses Jahr an den niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann, der damit Günther Beckstein ablöst.

Ausschlaggebend für die Wahl waren folgende Kriterien: Uwe Schünemann setzte sich zusammen mit seinem Amtsvorgänger Günther Beckstein für eine „Duldung zur Arbeitsplatzsuche" als Grundlage der von der Innenministerkonferenz im November 2006 verabschiedeten Bleiberechtsregelung ein. Damit verschärfte sich die Situation vieler bleibeberechtigten Flüchtlinge.

Außerdem wurden für die Umsetzung der gesetzlichen Altfallregelung, die die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nun zunächst ermöglicht, in Niedersachsen äußerst restriktive Vorgaben gemacht. Die Landesregierung hat eine ganze Liste von Ausschlussgründen erarbeitet. So sollen zum Beispiel Flüchtlinge, die ihren Pass nicht rechtzeitig vorgelegt oder sich nicht eigeninitiativ um die Beschaffung von Abschiebungspapieren bemüht haben, ausgeschlossen werden.

Was zusätzlich für die Wahl von Uwe Schünemann zum „Besten Abschiebeminister 2007" sprach, war seine erfolgreiche Behinderung der Arbeit der Härtefallkommission. Seit ihrer Konstitution im September 2006 hat die Kommission in Niedersachsen lediglich über neun Anträge entschieden!

Als Auszeichnung für diese „Verdienste" um das Bleiberecht verliehen die Jugendlichen ohne Grenzen JoG dem „Besten Abschiebeminister 2007" Uwe Schünemann am 6.12.2007 die „Goldene Rute".

Quelle: www.hier-geblieben.net - flucht@nds-fluerat.org ■

Senat beschließt Sitz für Flüchtlingsorganisation in der Härtefallkommission

BREMEN. Der Senat hat heute (27.11.2007) die Erweiterung der Härtefallkommission auf sieben Mitglieder beschlossen und dazu eine Änderung der Verordnung zur Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem Aufenthaltsgesetz vorgenommen.

Damit setzt der Senat eine Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen um, nach der die Härtefallkommission um einen Vertreter/eine Vertreterin von Flüchtlingsorganisationen zu erweitern ist. Bisher sind in der Verordnung sechs Mitglieder der Härtefallkommission genannt. Mit der Änderung wird die Zahl um einen Vertreter oder eine Vertreterin des Verein Ökumenische Ausländerarbeit e.V. auf sieben erhöht.

Der Verein ist eine im Land Bremen allgemein anerkannte Institution im Bereich der Flüchtlingsarbeit und Ansprechpartner für viele Flüchtlinge. In der Härtefallkommission behandelte Fäl-

le wurden häufig über oder mit Hilfe des Vereins eingebracht. Dem Verein gehören Vertreter von Kirchengemeinden und Einzelpersonen verschiedener Konfessionen an.

Quelle: Flucht@nds-fluerat.org ■

Kommunales Wahlrecht Jetzt! Für alle Migrantinnen und Migranten

BERLIN. „Wir, die Unterzeichner, greifen die aktuellen Initiativen in einigen Bundesländern und Kommunen auf und wollen bundesweit der Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten mehr Geltung verschaffen. Mit unserer gemeinsamen Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts wollen wir alle parlamentarischen Initiativen, insbesondere der Bundestagsfraktionen DIE LINKE und Bündnis90/ Die Grünen unterstützen. Wir begrüßen auch die Bundesratsinitiative der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin Brandenburg und Schleswig-Holstein für die entsprechende Verfassungsänderung. Wir fordern die Bundesregierung sowie SPD und CDU/CSU auf, ohne Verzögerung die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Nicht-EU-Bürgerinnen und -bürger zu schaffen.

Das allgemeine Wahlrecht ist konstitutives Element von Demokratie. Das ist ein selbstverständlicher Grundsatz eines demokratischen Rechtsstaats. Nur wer die Möglichkeit hat, sich durch die Wahl seiner Vertreterinnen und Vertreter an der Politik vor Ort zu beteiligen bzw. sich wählen zu lassen, wird ernst genommen! Diese Menschen sind dann nicht mehr Objekte des politischen Handelns, sondern gestalten das Leben in ihrem Umfeld aktiv mit.

Zum Wahlrecht gibt es derzeit keine Alternative. Denn Einbürgerung wird durch zu hohe Hürden erschwert. Diese müssen abgebaut werden. Aber auch für jene Migrantinnen und Migranten, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen können oder wollen, müssen das Wahlrecht haben. Politische Beteiligung, gleiche Rechte und Chancengleichheit sind entscheidende Voraussetzungen für das Gelingen der Integration!

Das kommunale Wahlrecht ist ein wichtiger Schritt hin zur rechtlichen Gleichstellung aller hier lebenden Menschen – unabhängig von Herkunft und Pass. Ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -bürger ist deshalb in vielen EU-Ländern wie Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande, Schweden, Estland, Litauen, Slowakei, Slowenien und Ungarn sowie die Nicht-EU-Mitglieder Norwegen und Island bereits Standard. Gleichzeitig ist das kommunale Wahlrecht auch ein gewichtiger politischer Beitrag gegen Rassismus und Diskriminierung. Hier lebende Migrantinnen und Migranten sollten nicht nur am politischen Leben teilnehmen können, sondern auch durch ihr Wahlrecht die Möglichkeit haben, fremdenfeindlicher Politik oder rechtsextremen Parteien ihre Stimme zu entziehen."

Attac (Sabine Leidig, Geschäftsführerin) • Attac-Koordinierungskreis (Detlev v. Larcher)• Bundesausländerbeirat (Memet Kilic, Bundesvorsitzender) • Bundesverband der Migrantinnen e.V. (Sidar Demirdögen, Bundesvorsitzender)) • Föderation der demokratischen Arbeitervereine (Hüseyin Avgan, Bundesvorsitzender),) • Foederation der Aleviten Gemeinden in Europa (Ali Ertan Toprak, Generalsekräter)) • GLADT (Ü.Gürkan Buyurucu, Geschäftsführer)) • IG Metall-Vorstand Ressort Migration (Nafiz Özbek)) • Inga Nitz (MdBB) Die Linke Mitglied des Parteivorstandes), Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) • Mehr Demokratie e.V (Dr. Michael Efler, Mitglied des Bundesvorstands Mehr Demokratie e.V.)) • Die Linke (Katina Schubert, stellvertretende Bundes-Vorsitzende Die Linke) • Türkische Gemeinde in Deutschland (Hilmi Kaya Turan, Stv. Bundesvorsitzender)) • Verdi- Migration (Sonja Marco) www.agaby.de ■

Demonstration für ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle!

BERLIN. Anlässlich der Innenministerkonferenz in Berlin fand am 6.12. eine Demonstration statt, zu der verschiedene Initiativen aufgerufen hatten. Der Bundestag und der Bundesrat haben im Sommer mit dem „neuen Zuwanderungsgesetz" zahllose Verschärfungen beschlossen: die Erschwerung des Familiennachzugs, die Erschwerung der Einbürgerung für junge MigrantInnen, Sanktionen bei Nichtteilnahme an Integrationskursen,

verminderter Leistungsbezug auf vier Jahre für nicht anerkannte Flüchtlinge, verschärfte Ausweisung und vieles mehr.

Außerdem gibt es nach wie vor keine effektive Bleiberecht, keine Regelung für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, wie zum Beispiel Kranke oder traumatisierte Flüchtlinge, Alte oder Erwerbsunfähige.

Die sichtbaren Folgen der bundesweiten Flüchtlingspolitik bedeuten 351 Tote(Quelle: ARI, Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen 1993 - 2006)! Deutschland ist treibende Kraft der EU-Abschottungspolitik. Mit weiteren tödlichen Folgen: Nach Schätzungen sind über 10.000 Menschen im vergangen Jahr bei dem Versuch nach Europa zu gelangen gestorben. Die DemonstrantInnen forderten die IMK sowie die PolitikerInnen der Bundesrepublik auf:

- Umgehend einen Abschiebestopp für alle Flüchtlinge zu verhängen!
- Zuwanderung ohne Rassismus und ein ganzes Bleiberecht umzusetzen.
- Abgeschobenen Menschen die Rückkehr in ihre Heimat – die Bundesrepublik Deutschland – zu ermöglichen.
- Menschen ohne Papiere ein Bleiberecht zu geben!
- Sowie Zäune und Mauern um Europa abzuschaffen, Fluchtwege zu öffnen und Menschen in Not großzügig aufzunehmen.
- Die Kinder- und Menschenrechte der UNO vollständig in der Bundesrepublik zu respektieren und umzusetzen!

siehe auch: http://www.hier.geblieben.net/Antifaschistische Initiative Moabit [AIM], a_i_m@gmx.de http://www.antifa-moabit.de.vu ■

Der Publizist Kemal Kutan darf nicht an die Türkei ausgeliefert werden

Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke hat gegen die Auslieferung des kurdischen Publizisten Kemal Kutan an die Türkei protestiert. Seit dem 29. Oktober befindet sich Kutan in Auslieferungshaft. Er wurde aufgrund eines internationalen Haftbefehls der Türkei während einer Zugfahrt nach Stuttgart von der Polizei festgenommen und in das Karlsruher Abschiebegefängnis gebracht. Obwohl Kutan ausschließlich publizistisch tätig war, wirft ihm die türkische Justiz vor, an Tötungsdelikten einer Guerillaorganisation beteiligt gewesen zu sein. Eine Auslieferung Kutans an den türkischen Staat würde sein Leben gefährden. Statt einem rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren drohen ihm Misshandlungen und Folter.

„Ich fordere die Verantwortlichen in der Bundesregierung auf, Kemal Kutan sofort frei zu lassen. Als politisch Verfolgter muss er uneingeschränktes politisches Asyl in Deutschland bekommen," so Ulla Jelpke,

nach PM Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Vertreibungsausstellung in München

„Das kriegen wir schon hin“

von Renate Hennecke

München, 22. November. Pressekonferenz in der Chefetage des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. In einer Stunde soll ein Stockwerk tiefer die Ausstellung „Erzwungene Wege“ der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen eröffnet werden. Auf Wunsch „der Staatskanzlei“, d.h. auf Wunsch des bisherigen bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, wurde die Ausstellung kurzfristig ins Programm des Archivs genommen.

Die Pressekonferenz ist dünn besucht, und Fragen der Journalisten sind offenbar nicht vorgesehen. Nach den einleitenden Floskeln von Prof. Dr. Rumschöttel, Generaldirektor der staatlichen bayerischen Archive, und Erika Steinbach, Präsidentin der Stiftung und des Bundes der Vertriebenen, soll man eigentlich gleich hinausgeschickt werden zu einer Führung durch die Ausstellung unter Anleitung der Kuratorin, Frau Dr. Klotz.

Eröffnung der Müncher Ausstellung am 22.11., Günther Beckstein und Erika Steinbach(1. und 2. von rechts)

Ich habe mir die Ausstellung schon im vorigen Jahr im Berliner Kronprinzenpalais gründlich angesehen und festgestellt, dass sie alle Befürchtungen bestätigt. Die verschiedensten historischen Geschehnisse werden in eine Reihe gestellt und gleichermaßen als „ethnische Säuberungen“ mit dem Ziel der Schaffung homogener Nationalstaaten interpretiert. Die unterschiedlichen Vorgeschichten werden dabei gleichgültig. Nach dem Motto „Das Leiden des Individuums ist überall gleich“ braucht man sich dafür nicht mehr zu interessieren. Auch die Umsiedelung von Deutschen am und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird zu einer angeblichen „ethnischen Säuberung“ – Deutsche mussten leiden, „nur weil sie Deutsche waren“ und Polen und Tschechen sie einfach loswerden wollten. Schon seit dem 19. Jahrhundert seien rigorose Vertreibungspläne geschmiedet worden, Hitler habe dann – so hat es Frau Steinbach mehrfach verkündet – nur die willkommene Gelegenheit zur Verwirklichung der Pläne gegeben. Mit seriöser Geschichtsdarstellung hat das alles nichts zu tun.

Aber ist die in München gezeigte „Wander- Variante“ der Ausstellung identisch mit der, die ich in Berlin gesehen habe? Oder hat die Kritik an der Berliner Urfassung vielleicht zu Veränderungen geführt?

Das will ich doch noch wissen, bevor die Führung beginnt. Ja, es habe Änderungen gegeben, erfahre ich. Solche praktischer Art, weil man die kostbaren Ausstellungsstücke nicht auf Reisen schicken kann (vor München wurde die Wanderausstellung in diesem Sommer in Frankfurt/Main gezeigt). Und auch inhaltliche Änderungen. Der Abschnitt über die Vertreibung von Ungarn aus der Slowakei sei ausgeweitet, der Teil über Italien dafür zusammengefasst worden. Das leuchtet ein: Ungarn war während des Zweiten Weltkriegs mit Deutschland verbündet und stellt jetzt ähnliche Forderungen an die Slowakei wie die deutschen Vertriebenenverbände an Tschechien. Gerade vor ein paar Tagen fand in Budapest ein Staatsakt unter dem Motto „60 Jahre Unrecht der Vertreibung“ statt. Frau Steinbach war dazu eingeladen.

Prof. Rumschöttl und Frau Steinbach verbreiten sich jetzt über die Vielzahl der Völker, die als Opfer von Vertreibungen Aufnahme in die Ausstellung gefunden haben. Ja, sage ich, nur die Russen fehlen. In der Berliner Ausstellung waren sie nicht einmal in der Aufzählung genannt, die den Prolog der ganzen Schau bildete. (Die entsprechende Tafel fehlt in München). Dabei gehörte die Vertreibung der Zivilbevölkerung ausdrücklich zur Kriegsstrategie der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion. „Die Flucht der Bevölkerung bei und nach der Besetzung der Stadt nach Osten ist zu fördern“, heißt es beispielsweise mit Blick auf die ukrainische Stadt Charkow in einem Eintrag in das Kriegstagebuch der 6. deutschen Armee vom 10. Oktober 1941. Eine riesige Vertreibungs- und Fluchtwelle von 14 Millionen Menschen habe die Wehrmacht schon 1941 bei ihrem Vormarsch vor sich her geschoben, schreibt der Historiker Peter Jahn, ehemaliger Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst in einem Artikel, der nicht zufällig gerade zum Zeitpunkt der Eröffnung der „Erzwungenen Wege“ in Frankfurt in der ZEIT erschien. Ausdrücklich ging die deutsche Führung davon aus, dass noch weit mehr als 14 Millionen sowjetische Menschen verhungern sollten, um „Lebensraum im Osten“ für den deutschen Herrenmenschen zu schaffen. 27 Millionen Tote hatte die Sowjetunion durch den deutschen Überfall zu beklagen. Solche Zahlen werfen ein grelles Licht auf Sätze wie diesen: „Die Vertreibung, die Deportation und auch die Flucht Millionen Deutscher aus der Heimat war in Art und Umfang ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit von ganz einzigartigem Ausmaß.“ Diesen Satz hat Erika Steinbach am 1.6.1995 vor dem Deutschen Bundestag gesprochen. Ähnlich der Ausstellungstext: „Flucht und Vertreibung von 12 bis 14 Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges aus den deutschen Ostgebieten und aus den deutschsprachigen Regionen außerhalb Deutschlands stellten die größte Zwangsmigration in der europäischen Geschichte dar.“

Aber nicht die Furcht davor, sich selbst Lügen zu strafen, sei der Grund für die auffällige Lücke in der Ausstellung, erfahre ich. Die Gründe seien ganz einfach: Erstens habe man eben eine Auswahl treffen müssen, zweitens hätten sie niemanden gehabt, der Russisch konnte, und drittens seien die Russen ohnehin nicht sehr kooperativ gewesen. Außerdem enthalte die Ausstellung doch Vieles über die Sowjetunion, z.B. über das Baltikum. (In der Tat gibt es einen Abschnitt über die „Umsiedelung“ (!) der Deutschbalten und der Litauendeutschen ins besetzte Polen durch Hitler).

Bevor noch peinlichere Sätze fallen, mahnt Prof. Rumschöttl zum Rundgang. Draußen spricht mich Dr. Wilfrid Rogasch an. Er ist Historiker, Mitarbeiter des Deutschen Historischen Museums in Berlin und einer der Kuratoren und Macher dieser Ausstellung. Er möchte gern eine gute Presse für das Werk und appelliert an meine Nachsicht. Sie hätten ja viele Tage in polnischen, aber keinen Tag in russischen Archiven zugebracht. Und vielleicht kann man ja irgendwann meine „Anregungen“ noch aufnehmen. Meinem Einwand, dass der Vernichtungsfeldzug der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion sich wohl schwerlich in das Konzept von den ethnischen Säuberungen zwecks Schaffung eines homogenen Nationalstaates einpassen lassen würde, begegnet er mit Optimismus: „Doch, das kriegen wir schon hin.“ Ich fürchte, da hat er recht.

Renate Hennecke ist Redakeurin der Deutsch-Tschechischen Nachrichten ■

Download, Bezugsbedingungen unter www.deutsch-tschechische-Nachrichten.de

Aufruf des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am 8./9. Februar 2008

Die „Sicherheitskonferenz“ in München ist ein Treffen von Militärstrategen, Regierungsvertretern, Generälen und Rüstungslobbyisten. Verschanzt hinter Absperrgittern, Wasserwerfern und einer gigantischen Polizeimacht kommen im Nobelhotel Bayerischer Hof jährlich EU- und NATO-Repräsentanten zusammen, um Kriegseinsätze, internationale Militärstrategien und Rüstungsgeschäfte zu planen. So wurden bei der Münchner Militärtagung unter anderem die Angriffskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak vorbereitet und entscheidende Weichen für den so genannten „Globalen Krieg gegen den Terror “ gestellt.

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jede deutsche Kriegsunterstützung

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt beanspruchen für sich das Recht auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen auf dem gesamten Globus.

Sie setzen ihre ökonomischen Interessen und Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durch. Die Besatzungskriege der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten, die unter der Losung der Terrorbekämpfung geführt werden, sind selbst Terror gegen die Bevölkerung: Bombardierungen, Vertreibung, Zerstörung, Vergewaltigungen sowie die Wiedereinführung der institutionalisierten Folter wie in Guantanamo und in Geheimgefängnissen. Die NATO-Kriege und Besatzungregime eskalieren die Konflikte weltweit; selbstbestimmter Aufbau und eine demokratische Entwicklung haben keine Chance.

Gegen Krieg und Folter – Für ein freies und selbstbestimmtes Leben aller Menschen

Die erneute Militarisierung der deutschen Außenpolitik führt längst auch zur Militarisierung im Innern. Diese Politik des präventiven „Sicherheits“-Staates betreibt den Abbau der Grundrechte aller BürgerInnen durch Vorratsdatenspeicherung von Telefongesprächen, dem Ausspionieren von PC-Daten, Unterbindungsgewahrsam, Überwachung von öffentlichen Plätzen und Privatwohnungen. (...)

Gegen den Überwachungsstaat – Für Meinungsfreiheit und Bürgerrechte

Wir wenden uns gegen ein Machtsystem, das sich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten über Leichen geht, gegen ein System der rigorosen Abschottung der EU-Außengrenzen gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen. Dazu gehören die rassistischen und fremdenfeindlichen AusländerInnengesetze in Deutschland, die Abschaffung des Asylrechts, tödliche Hetzjagden und Überfälle sowie die europaweit anlaufende Massenabschiebung von Flüchtlingen in die Kriegsgebiete des Irak und Afghanistans.

Fluchtursachen bekämpfen. Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge und MigrantInnen statt Stacheldraht und Lager

Zeigen wir den selbst ernannten Weltherrschern und Kriegsstrategen: Ihr seid hier in München und anderswo unerwünscht. Eurer Politik von neoliberaler Wirtschaftsmacht und Ausbeutung, von Aufrüstung und Sozialabbau setzen wir weltweit Protest und Widerstand entgegen, denn eine andere Welt ist möglich – eine gerechte Gesellschaft, eine friedliche Welt ohne Krieg und Folter.

Statt sozialer Demontage und Aufrüstung – Umverteilung von oben nach unten

Wir rufen auf: Mischt euch ein, beteiligt euch an den vielfältigen Protesten und Gegenveranstaltungen in München! Die Proteste und Blockaden von Heiligendamm gegen den G8-Gipfel haben gezeigt, dass wir erfolgreich sind. Trotz abgeschotteter Zonen und Demoverboten haben dort Zehntausende erfolgreich durch zivilen Ungehorsam und Widerstandsaktionen die Zufahrtswege zum Gipfel effektiv blockiert. Im Februar werden wir deutlich machen: Kriegsverbrecher und Folterbefürworter erwartet auch in München Protest und Widerstand.

No justice, no peace! – Ohne Gerechtigkeit kein Friede!

Kommt alle zur Großdemonstration und den weiteren Widerstandsaktionen am 9. Februar 2008 in München!

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg– Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Spendenkampagne

Bis zum 10.12 wurden bereits

840,– Euro

gespendet. Vielen Dank!

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419507

Antisemitisch ins Neue Jahr

Nation & Europa Nov./Dez. 2007

George W. Bush in der Zwangsjacke vor einem im Hintergrund aufsteigenden Atompilz, dazu die Überschrift „Dritter Weltkrieg? Ein Fall für die Zwangsjacke“ – macht die Antikriegsbewegung mobil? Nein, es handelt sich bei der beschriebenen Illustration um das Titelbild der, traditionell als Doppelnummer erscheinenden Jahresabschlussausgabe von „Nation & Europa“. Immer öfter versuchen neofaschistische Kreise in letzter Zeit sich äußerlich friedensbewegt, ja links zu geben, um ihre Hetze besser verbreiten zu können.

Dass diese Versuche äußerlich bleiben, zeigt der Blick auf die Inhalte. JÜRGEN HOFMANN fragt „Und wieder spielt Bush mit dem Feuer: Dritter Weltkrieg?“ und findet die Antwort in Israel und einem Juden:

„Schon gar nicht wird in Teheran an Weltherrschaftsplänen und nuklearen Aggressionen gebastelt. Niemand dort will die Amerikaner, Russen, Chinesen oder Europäer überfallen. Das weiß natürlich auch Bush. Aber seine vordergründige Sorge lautet: ‚Wir haben in Iran einen Führer, der erklärtermaßen die Zerstörung Israels will‘. das stimmt in dieser verkürzten Form zwar nicht, würde jedoch die Frage aufwerfen, ob der jüdische Staat allen Ernstes einen Weltkrieg wert ist. Es sind schon andere Staaten zerstört worden, ohne daß sich die Menschheit veranlaßt sah, den ganzen Planeten in die Luft zu sprengen. Aber Israel ist militärisch keineswegs gefährdet. Nach Auffassung wirklich aller Experten verfügt es über nukleare, biologische und chemische Vernichtungswaffen, wie es sie stärker und moderner nirgendwo gibt, schon gar nicht in unmittelbarer Nachbarschaft. Selbst konventionell ist Israel so stark, daß es nach Belieben zu ‚Strafexpeditionen‘ in die Anrainer-Staaten eindringen kann“.

Das Vergnügen an der Vorstellung, Israel würde zerstört, ist kaum zu überlesen. Wer aber veranlasst Bush zu seiner aggressiven Politik? „Einer der engsten Bush-Berater ist Norman Podhoretz. Er zählt zum einflussreichen Council on Foreign Relations und gibt das vom Amerikanisch-Jüdischen Kongreß finanzierte ‚Commentary Magazine‘ heraus... Der aus einer linken Familie stammende Chef-Intellektuelle sieht die USA bereits in einem Weltkrieg mit ‚Islamofaschisten‘ und vergleicht Iran mit NS-Deutschland“.

Auch BERNHARD RADTKE versucht in seinem Beitrag „US-Präsidentschaftskandidaten werden auf Kurs gebracht: Was folgt nach Bush?“ fortschrittlich zu klingen und zieht einen unverdächtigen Kronzeugen heran: „Der israelische Antizionist Uri Avnery charakterisierte die ‚Neokonservativen‘ in einem Aufsatz als ‚eine Gruppe, deren Mitglieder fast alle jüdisch sind. Sie halten einerseits die Schlüsselpositionen der Bush-Administration inne als auch die in den Studieninstituten (think tanks), die eine bedeutende Rolle beim Formulieren der amerikanischen Politik und der Leitartikelseiten der einflußreichen Zeitungen spielen. (...) Diese Gruppe träumt nicht nur von einem amerikanischen Weltreich im Stil eines römischen, sondern auch von einem israelischen Mini-Empire unter der Kontrolle der extremen Rechten und der Siedler...‘ Ob die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Flügelbezeichnungen rechts und links überhaupt noch zutreffen, mag dahingestellt bleiben. Zum dominierenden Faktor der US-Politik konnte diese Gruppe jedenfalls durch die Allianz mit christlichen Fundamentalisten aufsteigen, die sich in jüngerer Zeit immer offener als christliche ‚Israel-Lobby‘ bekennen und zahlenmäßig weit bedeutender sind als die jüdischen Zionisten in den Vereinigten Staaten“. Antifaschist(inn)en kann es nicht darum gehen, die US-amerikanische Kriegspolitik und ihre neoliberalen und christlich-fundamentalistischen Propagandist(inn)en zu verteidigen, es gilt aber, sauber zwischen linker Kritik, wie Avnery sie betreibt, auf der einen und Antisemitismus und Neofaschismus auf der anderen Seite zu unterscheiden.

Um was es N&E wirklich geht, macht KARL RICHTER in seinem Artikel „Eine Symbiose, die es niemals gab: ‚Christlich-jüdisches‘ Erbe“ deutlich:

„Christlich-jüdisch? Wer die europäische Geschichte der letzten anderthalb Jahrtausende unvoreingenommen Revue passieren läßt, muß sagen, was er will: das Christliche *oder* (Hervorhebung im Original - tri) das Jüdische. Denn die modische Synthese hat es in Wahrheit nie gegeben.... Jüdisches blieb in den anderthalb Jahrtausenden zwischen Völkerwanderung und Moderne auf Rand- und Nischenbereiche der abendländischen Gesellschaft verwiesen: ungeliebt, geduldet, fremd, in Gestalt von Zinsleihern und Händlern.... Die Juden blieben, als fremde Ingredienz im Sauerteig des werdenden Abendlandes. Was gleichfalls blieb, war das – religiös gespeiste, mithin um so stärkere – Bewußtsein der eigenen Exklusivität. Es hielt die Schranken zwischen Jüdischem und Nichtjüdischem wirksamer aufrecht als je die Ausgrenzungs- und Nichtvermischungsgebote der Umgebung... Möglicherweise lassen sich bestimmte Dinge auch nur deshalb offen aussprechen, weil der Zug längst abgefahren ist: An die Stelle autochthoner, angestammter Wertvorstellungen und Symbole treten neue, säkulare wie der Kult der ‚Menschenrechte‘ und die immerwährende Bewältigung des ‚Holocaust‘, der mit Recht als postmoderne ‚Zivilreligion‘ bezeichnet wurde... Der Kreis schließt sich: die ‚christlich-jüdische‘ Symbiose, die uns weisgemacht werden soll, hat es nie gegeben. Dagegen gibt es die Symbiose, will sagen: die Infiltration des globalen ‚Weltgewissens‘ mit dem Holocaust-Dogma, die auf die weltweite Inthronisierung einer jüdischen Sonder-Identität zu Lasten jeder anderen nationalen Integrität hinausläuft“.

Abgesehen davon, dass Richter gegen etwas polemisiert, was nie behauptet wurde (das „christlich-jüdische Erbe“ ergibt sich aus einem gleichen, beiden Religionen heiligen Text, dem Alten Testament sowie der Tatsache, dass das Christentum aus der jüdischen Religion hervorging) und ebenfalls abgesehen davon, dass es einen inhaltlichen Unterschied zwischen, zu verurteilendem, religiös gespeisten christlichen Antijudaismus und dem modernen faschistischen Antisemitismus gibt, gibt es für Richters Haltung (und die seiner Kollegen) eine kurze, treffende Bezeichnung: Der Jude ist unser Unglück! Antisemitismus bleibt Antisemitismus und als solcher menschenfeindlich – egal wie gelehrt er sich gibt. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507